

Mehr CDU tut Bremen gut.



0002364387

20.3.1999

*Regierungsprogramm
der CDU-Bremen
zur Bürgerschaftswahl 1999*

CDU

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven,

am 6. Juni 1999 wird die neue Bremische Bürgerschaft gewählt. Dabei geht es um die Entscheidung darüber, ob der Aufwärtstrend in Bremen und Bremerhaven anhält oder der Zwei-Städte-Staat in den alten Schlendrian zurückfällt, durch den er in die schwerste Finanzkrise seiner Geschichte geraten war.

Mitte 1995 haben wir Regierungsverantwortung an der Weser übernommen. Seither geht es wieder aufwärts. Dieser Kurs, der bereits deutliche Früchte trägt, muß über Jahre hinaus fortgesetzt werden. Die Selbständigkeit Bremens hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, den Haushalt des Landes zu sanieren. Die Fortsetzung des Sanierungskurses geht jedoch nur mit einer starken **CDU**.

Die **CDU** ist die treibende und gestaltende Kraft in der Großen Koalition und trägt den Hauptanteil an deren Erfolgsbilanz. Wir wollen auch zukünftig die Geschicke unseres Bundeslandes mitbestimmen. Diesen Anspruch untermauert das **CDU**-Regierungsprogramm, das jetzt vorliegt:

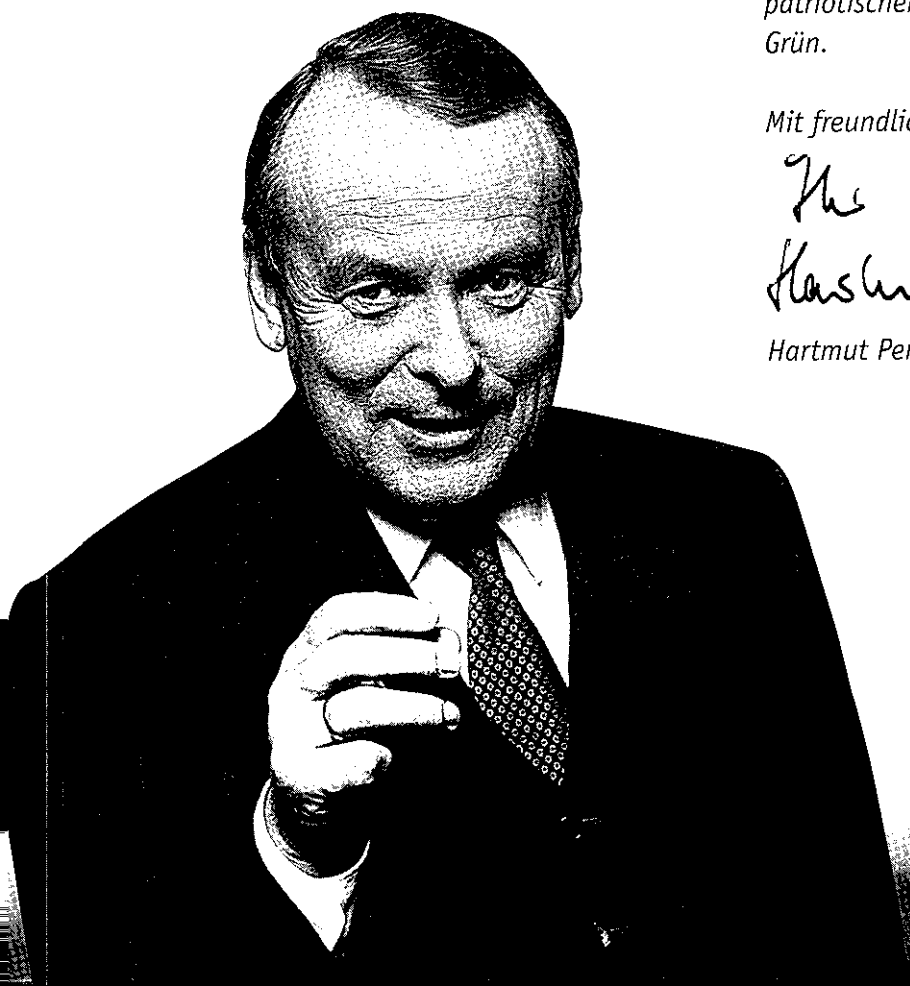
- Wir wollen weiterhin dafür sorgen, daß das Sanierungsprogramm konsequent umgesetzt wird. Wichtige Zwischenerfolge wurden erreicht; die Sanierung muß nun vollendet werden.
- Wir sind für zielgerichtete Investitionen in unsere Standorte, um Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen. Nur durch eine Stärkung unserer Wirtschaftskraft sind wir auch in der Lage, notwendige soziale Leistungen dauerhaft zu finanzieren.
- Wir wollen Bremen und Bremerhaven fit für die Zukunft machen: durch mehr Bildung und Ausbildung sowie verstärkte Forschung und Entwicklung.
- Und wir wollen, daß die Menschen in Bremen und Bremerhaven weiter sicher leben können. Die Vergangenheit hat bewiesen: Das geht nur mit der **CDU**.

Die Alternativen am 6. Juni 1999 sind klar: Weiter aufwärts mit einer starken **CDU**, der Partei der patriotischen Verantwortung, oder abwärts mit Rot-Grün.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Perschau

Hartmut Perschau



Gliederung

I. Mit soliden Finanzen in eine sichere Zukunft	6
1. Eigenständigkeit im Föderalismus wahren	6
2. Sanierung erfolgreich auf den Weg gebracht	7
3. Sanierung erfolgreich abschließen	7
4. Verwaltung bürgerfreundlicher und moderner gestalten	7
5. Selbständigkeit des Zwei-Städte-Staates dauerhaft sichern	8
II. Wirtschaft und Häfen – Die Basis für mehr Beschäftigung	9
1. Wettbewerbsfähige Standortbedingungen schaffen	9
2. Gewerbeflächen angebotsorientiert bereitstellen	9
3. Verkehrsanbindung der Gewerbegebiete verbessern	10
4. Vom Flughafen Bremen zur Airport-City	10
5. Neue Dynamik für alte Häfen	11
6. Mittelstand und Handwerk fördern – Dienstleistungssektor stärken	11
7. Space Park und Ocean Park als touristische Kristallisationspunkte	12
8. Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch begleiten - Menschen in Beschäftigung bringen	13
III. Wissenschaft, Forschung und neue Technologien stärken	14
1. Stärkung der wissenschaftlichen Infrastruktur und neuer Technologien	14
2. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre	16
3. Studienbedingungen verbessern	17
IV. Bessere Bildung für die Zukunft unserer jungen Generation	17
1. Entwicklung schulischer Strukturen voranbringen	18
2. Qualität schulischer Bildung fördern	19
3. Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen verbessern	20
4. Schule in einer sich verändernden Welt	20
5. Zukunft sichern durch berufliche Ausbildung	21
V. Für ein soziales Bremen und Bremerhaven	22
1. Familienpolitik ist Zukunftspolitik	23
2. Bedarfsgerechtes Angebot an Kindergarten- und Hortplätzen	23
3. Jugend schafft Zukunft	24
4. Chancengerechtigkeit für Frauen	24
5. Offensive Politik für ältere Menschen	24
6. Praktische Solidarität mit behinderten Menschen	25
7. Gesundheitsvorsorge und -fürsorge sichern	25
8. Kampf gegen Drogen	26
9. Sozialhilfe konzentrieren	26
10. Spätaussiedler integrieren	27
11. "Ja zu Integration - Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit"	27
12. Sport aufwerten	27
13. Maßnahmen gegen Psychosekte	28

VI. Bremen und Bremerhaven sind sicherer geworden –	28
Kriminalität auch in Zukunft dauerhaft und wirksam bekämpfen	
1. Gute personelle und technische Rahmenbedingungen für die Polizei	29
2. Keine Silvesterkrawalle und gewalttätigen Ausschreitungen mehr	30
3. Weniger Kriminalität – höhere Aufklärungsquote	30
4. Mehr Polizei auf die Straße	30
5. Konsequente Bekämpfung der Drogenkriminalität	30
6. Ausländerkriminalität bekämpfen und Asylmißbrauch verhindern	31
7. Keine Toleranz für Drogenkonsum und Drogenhandel	31
8. Schwerstkriminalität noch wirksamer bekämpfen	31
9. Jugendkriminalität konsequent entgegenreten	32
10. Öffentliche Ordnung weiter verbessern	32
11. Brandschutz muß gewährleistet werden	33
12. Justiz muß eine konsequente Verbrechensbekämpfung verfolgen	33
13. Strafvollzug muß sicher werden	33
VII. Bremen und Bremerhaven als Oberzentren für die Region – Moderne	34
Stadtentwicklung und Verkehrsplanung im Einklang mit dem Schutz der Umwelt	
1. Stadtentwicklung für mehr Leistungskraft und Lebensqualität beider Städte	34
2. Attraktive Innenstadt in Bremen schaffen	34
3. Bremerhavener Innenstadt modernisieren und Aufwerten	35
4. Mittel- und Nebenzentren stärken	36
5. Wohnungsbau weiter vorantreiben	37
6. Stadterneuerung für stabile Quartiere	38
7. Maßnahmen für einen leistungsstarken Verkehr	38
8. Kundenorientierte Bauverwaltung aufbauen	40
9. Umweltbewußtes Handeln für unser Land	40
10. Verantwortungsvoller Naturschutz	40
11. Zukunftsweisende Abfallwirtschaft	41
12. Klimaschonende und wettbewerbsfähige Energieversorgung	41
13. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze	41
VIII. Kultur in Bremen - Markenzeichen und Lebensqualität für unser Land	42
1. Vielfältiges kulturelles Angebot fördern	42
2. Kultur für ein lebendiges Bremen und Bremerhaven	42
3. Die Medienlandschaft in Bremen erhalten und weiterentwickeln	43
IX. Aktive Bürgergesellschaft und Parlamentsreform	44
1. Parlamentsreform	44
2. Vom Ortsamt zum Bürgeramt	44
X. Zukunft Bremens und Bremerhavens in Europa entschlossen gestalten	45

I. Mit soliden Finanzen in eine sichere Zukunft

Die Große Koalition hat die Freie Hansestadt Bremen vorangebracht. Die **CDU** ist der Motor dieser Koalition. Der überfällige politische Kurswechsel ist wesentlich von ihr bewirkt worden. Es ist ein Kurs der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit; ein Kurs, dem die Wirtschaft wieder vertraut. Die **CDU** steht für Investitionsbereitschaft und für die daraus resultierende Wirtschaftskraft, die wiederum die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Zwei-Städte-Staates stärkt. Wer es mit Bremen gut meint, muß dafür sorgen, daß dieser jetzt eingeschlagene Kurs gehalten wird. Das geht nicht mit Rot-Grün, sondern nur, wenn die **CDU** weiter in der Regierung vertreten ist.

Die **CDU**, die seit 1995 sowohl den Wirtschaftssenator als auch den Finanzsenator stellt, hat mit ihrer Regierungsbeteiligung für eine Neuorientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gesorgt und damit den Aufschwung in Bremen und Bremerhaven eingeleitet. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 2,7 % in 1997 und von 3,4 % im ersten Halbjahr 1998 nimmt Bremen unter allen Bundesländern den zweiten Platz ein – vor Bayern und Baden-Württemberg! Bei den industriellen Exporten ist das Land Bremen sogar Spitzenreiter gewesen. Die Erfolge beim Export und Wirtschaftswachstum haben auch auf dem Arbeitsmarkt ihren Niederschlag gefunden.

Trotz des Zusammenbruchs des Vulkan-Konzerns und des damit zusammenhängenden massiven Verlustes von Arbeitsplätzen hat sich die Arbeitsmarktsituation im Bundesland Bremen gegenüber dem Bundestrend positiv entwickelt. Dies belegt, daß eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zugleich die beste Arbeitsmarktpolitik ist. Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist es daher unerläßlich, daß auch in den kommenden Jahren eine aktive und verlässliche Wirtschaftspolitik betrieben wird. Es gilt, den von der **CDU** eingeleiteten Strukturwandel und Wirtschaftsaufschwung fortzusetzen und abzusichern.

1. Eigenständigkeit im Föderalismus wahren

Die **CDU** kämpft dafür, daß die Freie Hansestadt Bremen dauerhaft selbständig bleibt. Sie bekennt sich zu einem starken Föderalismus. Das Bundesland Bremen mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven ist für die föderale Ordnung in Deutschland ein Gewinn. Die Bundesländer sind historisch gewachsene Teilstaaten, die in ihrer regionalen und „landmannschaftlichen“ Besonderheit wesentlich der Beteiligung der Bürger bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben und Funktionen dienen. Das Nebeneinander von kleinen und großen Ländern gewährleistet Vielfalt und Innovationskraft im Bundesstaat. Die Freie Hansestadt Bremen mit ihrer traditionsreichen Geschichte und jahrhundertealten Selbständigkeit ist der lebendige Beweis dafür; sie steht für ein Mehr an Bürgernähe und eine hohe Integrationsfähigkeit. Die Freie Hansestadt Bremen war von Beginn an Bestandteil der föderalen Ordnung in Deutschland. Dieses bewährte bundesstaatliche System ist Vorbild für die europäische Einigung.

Der Verlust der Selbständigkeit würde den Verlust entscheidender Gestaltungsmöglichkeiten bei allen Landesaufgaben bedeuten, seien es die Schulpolitik und das Bildungswesen, die Universität und die übrigen Hochschulen, die größeren Kultureinrichtungen, die staatliche Wirtschaftspolitik (vor allem regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung), verkehrspolitische Entscheidungen von überörtlicher Bedeutung wie Häfen, Flughäfen, Wohnungsbau sowie Polizei und Justiz. Eine Eingliederung der Freien Hansestadt Bremen in das Land Niedersachsen würde bedeuten, daß die Entscheidungen in diesen Politikfeldern für den Zwei-Städte-Staat dann nicht mehr in Bremen, sondern in Hannover fielen.

Die Aufgabe der Selbständigkeit würde darüber hinaus keines der finanziellen Probleme der Freien Hansestadt Bremen lösen. Die unter der Regierungsverantwortung der SPD aufgehäuften Schulden

würden durch die Aufgabe der Selbständigkeit nicht entfallen. Die finanziellen Rahmenbedingungen in einem vereinigten Land wären wesentlich schlechter als gegenwärtig. Der Zwang zum Sparen entfielen nicht, sondern würde verschärft. Massive Einschnitte bei öffentlichen Leistungen wären die konsequente Folge des Verlustes der Selbständigkeit. Warum sollte Hannover mehr für uns tun als wir selber?

Der Verlust der Eigenständigkeit würde insbesondere die Seestadt Bremerhaven treffen. Diese ist im innerbremischen Finanzausgleich deutlich besser gestellt als vergleichbare Städte im kommunalen Finanzausgleich der Flächenländer.

2. Sanierung erfolgreich auf den Weg gebracht

Zentrale Aufgabe bremischer Politik ist die Verwirklichung des Sanierungsprogramms. Es besteht aus zwei Säulen: einem harten Sparkurs mit dem Ziel, die hohen Altschulden abzubauen, sowie Investitionen in Zukunftsprojekte mit den Zielen, die Standorte Bremen und Bremerhaven zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern bzw. neu zu schaffen. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß soziale Leistungen im Zwei-Städte-Staat langfristig finanziert werden können.

Die **CDU** setzt auf das Sanierungsprogramm - als Antwort auf die für die Freie Hansestadt Bremen nicht erfolgreiche Politik früherer Landesregierungen. Auch aufgrund politischer Fehlentscheidungen - vor allem in den 70er und 80er Jahren - befindet sich die Freie Hansestadt Bremen in einer Haushaltsnotlage. Diese hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 bestätigt. Und ausgehend davon erhält die Freie Hansestadt Bremen Sanierungsleistungen.

Die **CDU** ist der festen Überzeugung, daß es zur Verwirklichung des Sanierungsprogramms keine Alternative gibt. Bisher wurden wichtige Zwischenerfolge erzielt; bis zur endgültigen Umsetzung des Sanierungsprogramms ist es jedoch noch ein langer, steiniger Weg.

3. Sanierung erfolgreich abschließen

Aus Sicht der **CDU** bedeutet die konsequente Fortsetzung des Sanierungskurses:

- Die Einnahmesituation muß kontinuierlich verbessert werden durch eine offensive Standortpolitik, die vom Bekenntnis zu wirtschaftlichem Wachstum geprägt ist. Dazu zählt auch, daß die Freie Hansestadt Bremen ihre Funktion als Oberzentrum im Wettbewerb mit dem Umland offensiv wahrnimmt. Privatisierungen und Aufgabenkritik bleiben auch zukünftig zentrale Elemente der Haushaltspolitik.
- Auf der Ausgabenseite geht es vor allem darum, die Zuwachsraten der Gesamtausgaben auf niedrigem Niveau zu halten. Im einzelnen bedeutet dies: möglichst kein Wachstum bei den Personalkosten sowie weiter abnehmende konsumtive Ausgaben. Denn Bremen darf sich grundsätzlich keine Standards leisten, die über dem Durchschnitt anderer Länder liegen. Im investiven Bereich sind die Maßnahmen des Investitions-Sonderprogramms ohne Abstriche weiter umzusetzen mit dem Ziel, daß jede sechste Haushaltsmark in Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und damit auch Steuerkraft fließt.
- Die Altschulden sind weiter abzubauen, um den Anteil der Zinsen am Haushalt zu reduzieren. Das Ziel ist, die Schuldenbelastung schrittweise dem Bundesdurchschnitt anzunähern und damit den finanziellen Handlungsspielraum und die Wettbewerbsfähigkeit der Freien Hansestadt Bremen im Konzert der Bundesländer nachhaltig zu verbessern.

4. Verwaltung bürgerfreundlicher und moderner gestalten

Die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes sind das wichtigste Kapital bei der Modernisierung der Verwaltung. Das Ziel der **CDU** bleibt die „schlanke“ Verwaltung: bürgernah, investorenfreundlich, schlagkräftig und flexibel. Jetzt kommt es darauf an, die Verwaltung auf den Bürger auszurichten.

Die Verwaltungsabläufe sind so zu gestalten, daß der Bürger im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns steht. Dazu muß die entsprechende Infrastruktur bereitgestellt werden. Im Zeitalter der Globalisierung muß bei der Sicherung der Standorte Bremen und Bremerhaven auch die Verwaltung ihren Beitrag leisten. Dazu ist es notwendig, durch eine Neudefinition der Aufgaben, die Verwaltung einerseits zu verschlanken, und andererseits durch kurze Verfahren und klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu stärken. Durch die Reduzierung von Bürokratie müssen Eigeninitiative, Leistungswille und Kreativität der Bürger und der Wirtschaft gefördert und Handlungsspielräume freigesetzt werden. Die **CDU** betrachtet mit Sorge, daß die Zahl der Normen immer mehr ansteigt. Aus diesem Grund werden wir zukünftig bei jedem neuen Gesetzentwurf Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit noch konsequenter prüfen und zum anderen eine Gesetzesfolgeabschätzung durchführen. Dazu gehört auch, daß Gesetze nach einiger Zeit zu überprüfen sind, ob sie den verfolgten Zweck noch erfüllen.

5. Selbständigkeit des Zwei-Städte-Staates dauerhaft sichern

Die **CDU** sieht in der Verwirklichung des Sanierungsprogramms die unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß der Zwei-Städte-Staat in die Lage versetzt wird, seine Aufgaben langfristig aus eigener Kraft wahrnehmen zu können.

Die **CDU** sieht einen dringenden Reformbedarf innerhalb des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Neben der Überwindung der Haushaltsnotlage durch Verwirklichung des Sanierungsprogramms ist eine Reform der Finanzverfassung die zwingende Voraussetzung, um die bremische Haushalts- und Finanzsituation dauerhaft zu stabilisieren. Ausgehend von den geltenden Regelungen wird der Zwei-Städte-Staat

nicht behandelt, wie dies seiner tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Deshalb unterstützt die **CDU** alle Initiativen, die zum Ziel haben, die Positionen der Freien Hansestadt Bremen im bundesstaatlichen Finanzausgleich zu stärken.

Die **CDU** kämpft für die Änderung des geltenden Systems bei der Lohnsteuererlegung. Die Freie Hansestadt Bremen ist das wirtschaftliche Kraftzentrum Nordwestdeutschlands und nimmt ihre Metropolfunktion offensiv und engagiert wahr. Diese Metropolfunktion zeigt sich insbesondere darin, daß täglich über 120.000 Pendler aus Niedersachsen nach Bremen und Bremerhaven kommen, um in unseren Städten zu arbeiten. Die Zahl der Arbeitsplätze für Pendler aus dem Umland innerhalb der Freien Hansestadt Bremen ist damit nahezu dreimal so hoch wie die Zahl der Arbeitslosen in Bremen und Bremerhaven. Bedingt durch die geltende Lohnsteuererlegung geht jedoch an den Arbeitsstätten im Zwei-Städte-Staat erwirtschaftete Steuerkraft durch den Abfluß an die (niedersächsischen) Wohnorte der Arbeitnehmer verloren. Im Ergebnis wird die Freie Hansestadt Bremen im bundesstaatlichen System ärmer gerechnet als dies der tatsächlichen Kraft entspricht.

Die **CDU** setzt sich dafür ein, daß es zumindest zu einer Mitfinanzierung durch den Bund bei der Sozialhilfe kommt, zumal die gesetzgeberische Kompetenz über Art und Umfang von Sozialhilfe beim Bundesgesetzgeber liegt. Sie fordert eine Reduzierung der überproportionalen Lasten durch Sozialhilfezahlungen. Diese sind jeweils von den Kommunen aufzubringen. In der Stadtgemeinde Bremen erhält nahezu jeder zehnte Bewohner Sozialhilfe. Darin zeigt sich die Kehrseite der Metropolfunktion. Mit diesem Wert rangiert die Stadtgemeinde Bremen bundesweit auf Rang eins. Und im Vergleich zum Umland ist die Pro-Kopf-Belastung für Aufwendungen im Bereich der Sozialhilfelasten fast dreimal so hoch wie im niedersächsischen Umland. Dies führt zu einer nachhaltigen Schwächung der Finanzausstattung der Stadtgemeinde Bremen.

II. Wirtschaft und Häfen - Die Basis für mehr Beschäftigung

Das Land Bremen war in der Vergangenheit von Strukturwandel und Rezession besonders betroffen mit der Folge, daß die Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven seit Jahren überdurchschnittlich hoch ist. Die SPD hat es in den 70er und 80er Jahren versäumt, rechtzeitig gegenzusteuern. Deshalb hat sich die Vulkan-Krise besonders negativ auf die Arbeitsplatzsituation ausgewirkt. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik, der Mangel an Gewerbeflächen sowie eine unzureichende Verkehrsinfrastruktur haben zu Abwanderungen von Betrieben ins Umland geführt, Neuansiedlungen erschwert und die Steuerkraft Bremens geschwächt. Der Versuch, über eine personelle Ausweitung des Öffentlichen Dienstes fehlende Arbeitsplätze zu schaffen, hat die bremischen Haushalte zusätzlich belastet und dazu geführt, daß das kleinste Bundesland auf Sanierungshilfen aus Bonn angewiesen ist.

1. Wettbewerbsfähige Standortbedingungen schaffen

*Bei der Ansiedlung von Betrieben und der Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen Bremen und Bremerhaven im Wettbewerb mit anderen Städten und Gemeinden. Um sich in diesem Standortwettbewerb erfolgreich behaupten zu können, bedarf es konkurrenzfähiger Rahmenbedingungen. Dieses ist umso wichtiger vor dem Hintergrund der investitionsfeindlichen Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Die **CDU** hat deshalb in den vergangenen vier Jahren für die Beseitigung von Ansiedlungshemmnissen und eine effizientere Wirtschaftsförderung gesorgt. Wir haben den Mustergrundstücksvertrag von Auflagen befreit, das Planungs- und Baugenehmigungsverfahren beschleunigt und für die nächsten Jahre eine weitgehende Preisstabilität bei der Abfall- und Abwasserentsorgung gewährleistet.*

Wir werden außerdem die vorhandenen Chancen der Telekommunikation an den Standorten Bremen und Bremerhaven nutzen und die mit dem Landesbreitbandnetz geschaffene leistungsfähige und moderne Infrastruktur für die betriebliche Kommunikation ausbauen.

Schließlich gilt es, die eingeleitete Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Bremen und Bremerhaven zum Abschluß zu bringen und umzusetzen. Wir wollen, daß ansiedlungswillige Firmen zukünftig kundenorientiert „aus einer Hand“ betreut werden. Dazu gehört auch, daß die Standortvorteile und Stärken des Zwei-Städte-Staates stärker herausgestellt und offensiv vermarktet werden. Während Bremerhaven dabei insbesondere auf seine maritimen Funktionen als Werftenstandort, größter deutscher Container-Hafen und Zentrum der Fisch- und Lebensmittelindustrie verweisen kann, muß Bremen deutlich machen, daß es nicht nur ein traditioneller Hafenstandort, sondern auch Automobilstadt, Logistik-Zentrum, wichtiger Standort der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, eine Hochburg der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie sowie ein Standort für innovativen Mittelstand und Dienstleister (Telekommunikation z.B. Call-Center) ist.

2. Gewerbeflächen angebotsorientiert bereitstellen

*Eine wesentliche Voraussetzung zur Erweiterung oder Neuansiedlung von Betrieben ist ein ausreichendes und differenziertes Angebot an Gewerbeflächen. Dazu gehört auch, daß für Existenzgründer und kleinere und mittlere Unternehmen kleinflächige Grundstücke in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Es reicht nicht aus, nur die Flächen bereitzustellen, die gerade konkret nachgefragt werden. Die **CDU** hat deshalb durchgesetzt, daß Bremens Flächenplanung von einer Bedarfs- auf eine Angebotsplanung umgestellt wurde.*

Daß sich eine solche angebotsorientierte und differenzierte Flächenpolitik auszahlt, belegt insbesondere die erfolgreiche Etablierung Bremens als Call-Center-Standort.

Zu den wichtigsten Gewerbegebieten, die derzeit entwickelt bzw. erweitert werden, zählen in Bremen der

Technologiepark Universität, der Bremer Industriepark, das Güterverkehrszentrum, Airport-City, der Büroпарк Oberneuland sowie der Gewerbepark Hansalinie; in Bremen-Nord das Gelände der ehemaligen Vulkanwerft und in Bremerhaven das Gewerbegebiet Fischereihafen sowie das Carl-Schurz-Gelände.

Wir achten darauf, daß bei der Flächenentwicklung ein gesundes Gleichgewicht zwischen einer Innen- und Außenentwicklung gewährleistet wird. Innerstädtische Brachflächen können sich Bremen und Bremerhaven aus städtebaulicher und wirtschaftlicher Sicht nicht leisten. Ihre Sanierung bietet darüber hinaus den Vorteil, daß auf eine vorhandene und funktionierende Infrastruktur zurückgegriffen werden kann.

3. Verkehrsanbindung der Gewerbegebiete verbessern

Der stärkste Zuwachs an Arbeitsplätzen ist in den unmittelbar an den Autobahnen gelegenen Gewerbegebieten zu verzeichnen. Dies unterstreicht die Bedeutung einer guten Verkehrsinfrastruktur als Standortfaktor. Wir werden deshalb für eine optimale Verkehrsanbindung der Gewerbegebiete sorgen und damit zugleich die Wohnquartiere von Wirtschaftsverkehr entlasten.

Nach schwierigen Verhandlungen konnte mit dem Bundesminister für Verkehr eine Einigung über die Finanzierung des 2. Bauabschnitts der A 281 erzielt werden. Dadurch ist es möglich, die Planfeststellung zum Jahreswechsel 2000/2001 abzuschließen und danach mit dem Bau zu beginnen. Die A 281 schafft eine leistungsfähige Anbindung des Güterverkehrszentrums, der Häfen Links der Weser und des Bremer Flughafens mit dem angrenzenden Gewerbegebiet Airport-City an das überregionale Straßennetz. Wir werden uns auch dafür einsetzen, daß der Wesertunnel vorrangig realisiert wird, um das Ziel eines Autobahnringes um Bremen herum zu erreichen.

Nachdem der Bau des Hemelinger Tunnels von der SPD immer wieder versprochen wurde, haben wir die Zusage gegenüber dem größten privaten Arbeitgeber DaimlerChrysler in der Hansestadt Bremen realisiert und mit dem Bau des Tunnels begonnen. Des Weiteren werden wir eine direkte Autobahnanbindung des Gewerbegebietes Hemelinger Marsch schaffen.

4. Vom Flughafen Bremen zur Airport-City

Als handels- und exportorientiertes Oberzentrum verfügt Bremen über den ältesten deutschen Verkehrsflughafen. Seine Nähe zur City und die Erreichbarkeit mit der Straßenbahn sind Standortvorteile, mit denen gewuchert werden muß. Die **CDU** wendet sich deshalb gegen alle Versuche, den Flugbetrieb über die allgemeingültigen Normen hinaus einzuschränken oder zu reglementieren. Wir haben durchgesetzt, daß trotz erheblicher Widerstände der Zurollweg Ost gebaut und damit der Sicherheitsstandard verbessert wurde. Dabei gilt es, die noch gültige Nutzungsbeschränkung der Start- und Landebahn aufzuheben.

Zur Umsetzung des Konzeptes Flughafen 2000 sind insgesamt 500 Mio. DM in die grundlegende Modernisierung und in die deutliche Erhöhung der Sicherheitsstandards investiert worden. Ziel ist es, den Flughafen Bremen zu einem hochleistungsfähigen Logistikzentrum für den norddeutschen Raum auszubauen. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der Gewerbegebiete um den Flughafen zur Airport-City. Nachdem erst vor fünf Jahren mit der Erschließung der von Schrotthandel und Kleingartenanlagen geprägten Flächenbrache begonnen wurde, zählt die Airport-City heute neben dem Technologiepark und dem Güterverkehrszentrum zu den erfolgreichsten Gewerbegebieten. Die positive Entwicklung macht es erforderlich, daß Erweiterungsflächen zur Verfügung gestellt werden. Dabei kommt dem bisherigen Großmarktgelände eine Schlüsselposition zu. Die **CDU** hat eine Verlegung des Großmarktes in den Überseehafen erreicht, die sowohl dem Großmarkt als auch der Airport-City neue Entwicklungsperspektiven eröffnet.

Der Ausbau des Flughafens Luneort in Bremerhaven durch die Verlängerung der Start- und Landebahn und die Errichtung von Hangars hat sich bewährt.

Um den gegenwärtigen, aber auch den zukünftigen Anforderungen des Flughafens sowohl im Geschäftsflugverkehr als auch im Rahmen des Inseltourismus gerecht zu werden, wollen wir den weiteren Ausbau betreiben.

5. Neue Dynamik für alte Häfen

Häfen und Außenhandel bilden traditionell das Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Häfen in Bremen und Bremerhaven und die Gewährleistung der notwendigen logistischen und außenwirtschaftlichen Infrastruktur sind deshalb wichtige Voraussetzungen für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung des kleinsten Bundeslandes. Die **CDU** bekennt sich zu einer wachstumsorientierten Hafenpolitik. Dazu ist die Erhöhung der LOCO-Quote unerlässlich.

Die **CDU** hat es erreicht, daß in den letzten vier Jahren wesentliche Projekte zur Zukunftssicherung der bremischen Häfen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht wurden. Zur Stärkung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Bremischen Häfen gehört daher ein bedarfsgerechter Ausbau der Hafeninfrastruktur ebenso wie die Sanierung und Instandhaltung vorhandener Hafenanlagen. Dazu gehörte die Vertiefung der Außenweser, der Ausbau der Oslebshauser Schleuse sowie in Bremerhaven der Bau der Fischereihafen-Doppelschleuse und die Erweiterung des Container-Terminals. Nach den auf Initiative der **CDU** in der Bürgerschaft gefaßten Grundsatzbeschlüssen werden wir den weiteren Ausbau des Containerterminals Wilhelm Kaisen in Bremerhaven um einen weiteren Liegeplatz (CT IIIa) bis zum Jahr 2002 vorantreiben und die notwendigen Planungen für die weitere Verlängerung der Stromkaje (CT IV) in Richtung Norden einleiten, so daß die Fertigstellung weiterer Liegeplätze an der Umschlagsentwicklung und Effizienzsteigerung orientiert vorgenommen werden kann. Des weiteren sprechen wir uns für eine angemessene Modernisierung des Columbusbahnhofs als Kreuzfahrt- und Fährschiffterminal aus.

Die **CDU** hat zudem erreicht, daß die Wettbewerbsfähigkeit der in die „roten Zahlen“ geratenen Bremer Lagerhaus-Gesellschaft durch eine neue Struktur mit

größerer Selbständigkeit verbessert wurde, die offen ist für Kooperationen und Beteiligungen privater Hafenbetriebe. Die Strukturreform hat sich bereits 1998 für die BLG durch steigende Umschlagszahlen und positive Betriebsergebnisse ausgezahlt und ihren Niederschlag in neuen Arbeitsplätzen gefunden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der im Jahre 1999 erfolgenden Fusion zwischen der BLG und dem Hamburger Hafenumschlagsunternehmen Eurokai zu. Damit entsteht in Bremerhaven das größte deutsche Hafenunternehmen.

Wichtige Wettbewerbsfaktoren für die bremischen Häfen sind ihre Hinterlandverbindungen. Die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, wie sie insbesondere gegenüber Rotterdam bestehen, gehören daher für die **CDU** zu den vorrangigen hafenpolitischen Aufgaben. Zur Verbesserung der bremischen Hinterlandanbindungen werden wir uns weiterhin für den zügigen Ausbau der Mittelweser für Großmotorgüterschiffe, für den Ausbau der Schleusen Dörverden und Minden sowie der Eisenbahnverbindung Langwedel-Uelzen-Stendal-Berlin einsetzen. Zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen wollen wir die beiden Ressorts Häfen und Wirtschaft zusammenlegen.

6. Mittelstand und Handwerk fördern - Dienstleistungssektor stärken

Jahrzehntelang war bremische Wirtschaftspolitik einseitig auf industrielle Strukturen ausgerichtet. Wir wollen gezielt Handwerk und Mittelstand fördern und den Dienstleistungssektor stärken.

Handwerk und Mittelstand sind in der Lage, schnell und flexibel auf Marktentwicklungen sowie konjunkturelle und strukturelle Veränderungen zu reagieren. Sie sind weniger krisenanfällig als Großbetriebe. Die Stärkung von Handwerk und Mittelstand trägt dazu bei, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung zu verstetigen. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie deren gezielte Förderung sind deshalb seit langem Anliegen der **CDU**.

Wir haben eine umfassende Mittelstands- und Existenzgründungsoffensive auf den Weg gebracht und durchgesetzt, daß die Gewerbesteuerhebesätze in Bremen stabil geblieben sind und in Bremerhaven sogar herabgesetzt wurden. Auch durch die von der **CDU** betriebene Privatisierung öffentlicher Aufgaben hat insbesondere der Mittelstand profitiert (z.B. bei den Bremer Entsorgungsbetrieben). Mit der Fortführung der Förderung der EU-Exportberatungsstelle der Handwerkskammer Bremen bis zum Jahre 2002 haben wir eine aktive Hilfestellung für Handwerksbetriebe bei der Abwicklung von Export- und Importgeschäften, in der Kooperationsvermittlung sowie bei der Erschließung neuer Märkte sichergestellt.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Erleichterung und Förderung von Existenzgründungen. Mit der Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.I.N. haben wir bestehende Programme zur Förderung von Existenzgründungen zusammengefaßt und ausgebaut. Ein besonderes Problem, gerade für kleinere und mittlere Betriebe, bildet die Beschaffung von Risikokapital. Die **CDU** hat erreicht, daß mit Gründung der Bremer Beteiligungsgesellschaft nunmehr ein Wagniskapitalfonds zur Verfügung steht, der jungen Unternehmern den Start ermöglicht bzw. erleichtert.

Die Außenwirtschaftsförderung hat durch die Fortschreibung des Konzeptes durch die Große Koalition wieder einen verlässlichen und transparenten Rahmen bekommen. Mit der Neufassung des Außenwirtschaftskonzeptes konnte die **CDU** erreichen, daß die Förderung der klein- und mittelständischen Unternehmen in diesem Sektor verstärkt in den Vordergrund rückt. Wir werden auf die Förderung dieses Bereiches in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk richten.

Die **CDU** hat weiterhin Schritte zur Stärkung des Dienstleistungssektors unternommen. Dazu gehören u.a. der Bau der modernen Messehallen auf der Bürgerweide, durch den Bremen auch als Messe- und Kongreßstandort attraktiv wird, der Ausbau des Güterverkehrszentrums, das Projekt Haven Hööv't in Bremen-Nord, der geplante Büropark Oberneuland sowie die erfolgreiche Vermarktung Bremens als Call-Center-City.

Wir werden den weiteren Ausbau Bremens als Multimedia-Standort forcieren. Nachdem Bremen bereits führender Softwarestandort im nordwestdeutschen Raum ist, haben wir mit der Gründung des Zentrums für Multimedia und Electronic Commerce eine zentrale Anlaufstelle für die Ansiedlung neuer und die Förderung bestehender Multimedia-Unternehmen geschaffen.

7. Space Park und Ocean Park als touristische Kristallisationspunkte

Eine Schlüsselrolle bei der Stärkung des Dienstleistungssektors kommt dem Tourismusbereich zu. Die **CDU** hat deshalb in den letzten vier Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen zur Erhöhung der touristischen Attraktivität Bremens und Bremerhavens realisiert bzw. eingeleitet. Hierzu gehören die Sanierung von Glocke, Focke-Museum und Kunsthalle, das Musical Jekyll & Hyde und die Umgestaltung der Schlachte zur maritimen Flaniermeile ebenso wie die Sanierung vom Stadttheater Bremerhaven und Deutschen Schifffahrtsmuseum Bremerhaven. Ebenfalls konnte das Schaufenster Fischereihafen als touristischer Anziehungspunkt ausgebaut werden. Wir beabsichtigen, dieses auch fortzusetzen.

Mit den im letzten November getroffenen Entscheidungen zur Errichtung des Space Parks in Bremen und des Ocean Parks in Bremerhaven wird der Tourismus unserer beiden Städte neue Größenordnungen erreichen. Beide Parks sind in ihrer Art einzigartig. Sie werden als touristische Kristallisationspunkte nicht nur Besucher aus der Region, sondern aus ganz Europa anziehen. Während es sich beim Space Park um einen Hightech-Erlebnispark zum Themenbereich Raumfahrt handelt, bietet der Ocean Park eine Freizeit- und Erlebniswelt mit maritimem Charakter. Hinzu kommen touristisch orientierte Einzelhandels- und Gastronomieangebote. Das Investitionsvolumen beider Parks umfaßt mehr als 2 Milliarden DM, überwiegend privat finanziert. Die öffentlichen Mittel sind ausschließlich für notwendige Infrastrukturmaßnahmen bestimmt. Die **CDU** hat erreicht, daß entgegen ursprünglichen Forderungen der Investoren kein Zuschuß zum laufenden Betrieb erfolgt und für den Space Park auch keine öffentliche Bürgschaft gege-

ben wird. Das Risiko, das bei Großprojekten dieser Art nicht ausgeschlossen werden kann, wird damit im überschaubaren Rahmen gehalten. Umfangreiche Begleitmaßnahmen werden darüber hinaus sicherstellen, daß Space- und Ocean Park regional und optimal integriert und überregional intensiv vermarktet werden, so daß die **CDU** davon ausgeht, daß die Projekte tatsächlich die erhofften regionalwirtschaftlichen Wirkungen erzeugen werden und die angestrebte Zahl von mehr als 5.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen erreicht wird.

8. Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch begleiten – Menschen in Beschäftigung bringen

Strukturwandel und Aufschwung müssen arbeitsmarktpolitisch begleitet werden mit dem Ziel, die Menschen in Beschäftigung zu bringen. Dies erfordert eine enge Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Während über eine aktive Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen zur Ansiedlung oder Neugründung von Betrieben geschaffen werden müssen, ist es vordringliche Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik dafür zu sorgen, daß am Markt ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Es ist nicht hinnehmbar, daß trotz hoher Arbeitslosigkeit Stellen unbesetzt bleiben, weil sich kein geeigneter Bewerber findet. Wir werden deshalb unsere Anstrengungen fortsetzen, die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente noch stärker als in den vergangenen vier Jahren auf den ersten Arbeitsmarkt auszurichten.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Qualifizierungsangebote und Beschäftigungsgesellschaften sind kein Selbstzweck. Ihr Ziel ist es, die Vermittlungschancen von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern. Die Beschäftigungshilfen sollen den Unternehmen die Einstellung von Langzeitarbeitslosen erleichtern, damit die betroffenen Arbeitnehmer eine faire Chance erhalten, ihre vorhandenen Qualifikationen, Erfahrungen und Motivationen in der Praxis wieder unter Beweis zu stellen.

Der Zusammenbruch des Vulkan-Konzernes hat die bremische Arbeitsmarktpolitik vor besondere Herausforderungen gestellt. Damit trotz des Konkurses die

im Bau befindlichen Schiffe fertiggestellt werden konnten und die Vulkanmitarbeiter nicht von einem auf den anderen Tag in die Arbeitslosigkeit geschickt werden mußten, ist mit Unterstützung der **CDU** die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Mypegasus gegründet worden. Mit Hilfe des Einsatzes öffentlicher Mittel hat Mypegasus weit über 1.000 Ex-Vulkanbeschäftigten zu Qualifizierungsmaßnahmen verholfen und damit vielen eine neue berufliche Tätigkeit oder den Wechsel in die Selbständigkeit ermöglicht.

Bei der Bewältigung des Strukturwandels und der Abmilderung der daraus resultierenden sozialen Folgen für die Arbeitnehmer wird Bremen von der Europäischen Union über den Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt. Allein zwischen 1995 und 1997 wurden vom ESF 125 Mio. DM für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven bewilligt. Die **CDU** hat dabei sichergestellt, daß durch Bereitstellung der notwendigen Komplementärmittel alle zur Verfügung stehenden Fördermittel in Anspruch genommen werden konnten.

Eine besondere Bedeutung bei der Bewältigung des Strukturwandels kommt den Qualifizierungsmaßnahmen zu. Wir wollen weiterhin, wie in den letzten vier Jahren, dafür sorgen, daß nicht länger am Markt vorbei qualifiziert wird. Wir haben deshalb die Einführung eines trägerbezogenen Qualitätsmanagements durchgesetzt, das eine Erfolgskontrolle ermöglichen wird.

Wir werden uns auch in anderen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik für eine Ressourcenoptimierung und stärkeres Controlling einsetzen. Maßnahmen-träger werden sich zukünftig verstärkt daran messen lassen müssen, inwieweit es ihnen gelingt, ihre Absolventen in regulären Beschäftigungsverhältnissen unterzubringen. Eine künstliche Ausweitung des Öffentlichen Dienstes als Instrument der Arbeitsmarktpolitik lehnen wir ab, da dies zu dauerhaften Finanzierungsproblemen für zukünftige Generationen führt, ohne einen ernsthaften Beitrag zur strukturellen Beseitigung von Arbeitslosigkeit zu leisten oder den Arbeitslosen eine echte Perspektive zu bieten.

III. Wissenschaft, Forschung und neue Technologien stärken

Zukunftsorientierte Hochschulpolitik ist gleichzeitig Technologie-, Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik. Die Leistungsfähigkeit von Forschung und Lehre bestimmt maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit unserer wichtigsten Ressourcen im nationalen und internationalen Maßstab: das Wissen und Können der Menschen in diesem Lande und der technologische Vorsprung unserer Produkte und Dienstleistungen.

Neue Technologien müssen mehr als bisher fester Bestandteil von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung werden. Die Vermittlung von Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation, die Schaffung neuer Berufsbilder und die Aufklärung über Chancen und Risiken sind wichtige Bestandteile einer verantwortungsvollen Technologiepolitik. Die besten Investitionen in die Zukunft sind darum Investitionen in das Wissen und Können der Menschen.

Die Hochschulen haben einen für dieses Land ebenso unverzichtbaren bildungs- und kulturpolitischen Auftrag: die Ausbildung des akademischen Nachwuchses durch die Lehre, die Pflege und Entwicklung der Wissenschaft und der Künste sowie die Mehrung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch anwendungs- und grundlagenbezogene Forschung.

*Wer technologischen Fortschritt ideologisch oder bürokratisch behindert, gefährdet die Zukunft ebenso wie diejenigen, die sich auf technologische Möglichkeiten blind verlassen wollen oder Bedürfnisse von Mensch und Umwelt außer acht lassen. Die **CDU** steht für eine konsequente Förderung von Forschung und Lehre, für eine Stärkung ihrer Autonomie und für eine enge Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft zum gegenseitigen Nutzen.*

Der Bereich Wissenschaft und Forschung ist ein Schwerpunkt im für die Zukunft Bremens so wichtigen Investitions-Sonderprogramm mit einem Volumen von rund einer Milliarde Mark. In wissenschaftlichen

Zukunftsbereichen ist bereits eine Vielzahl neuer Forschungseinrichtungen entstanden, die eng angelehnt an die regionale Wirtschaftsstruktur mit Betrieben Bremens kooperieren, aber auch nationale und internationale Bezüge herstellen.

*Die Stärkung der wissenschaftlichen Infrastruktur im Land Bremen ist und bleibt ein Schwerpunkt der Politik der **CDU**. In einer Rahmenvereinbarung mit den Hochschulen wurde eine mittelfristige Finanzierungszusage abgegeben, die nicht nur ein Volumen von 3,4 Milliarden DM hat, sondern gleichzeitig die höchste Steigerung eines Teilhaushaltes im Vergleich zu anderen Bereichen beinhaltet.*

Für die Förderung der Hochschulen ist die Straffung, Vereinfachung und Entwicklung des Hochschulrahmenrechts von großer Bedeutung. Die Neufassung des Bremischen Hochschulgesetzes wird Gremienarbeit zusammenfassen und Leitungsgremien stärken, Forschungsförderung deregulieren, Studienzeiten verkürzen, und neue, international ausgerichtete Studiengänge und Abschlüsse ermöglichen.

1. Stärkung der wissenschaftlichen Infrastruktur und neuer Technologien

*Wir werden die Leistungsfähigkeit der Universität Bremen weiter stärken und die stärkere Bedeutung naturwissenschaftlicher, ingenieurwissenschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und Lehre herausstellen. Die **CDU** hat dafür gesorgt, daß die durch die SPD beförderte und bereits aus den Gründerjahren stammende einseitige Schwerpunktsetzung der Universität im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich weitgehend einer an realen Bedarfen und Bezügen ausgerichteten Forschungs- und Lehrstruktur gewichen ist. Wir werden auch zukünftig diese Entwicklung, insbesondere in den Bereichen der Lehrer- und Juristenausbildung*

weiter fördern, um die überregionale Ausstrahlung der Universität und die Chancen des an der Bremer Universität ausgebildeten wissenschaftlichen Nachwuchses in der Wissenschaft und auf dem Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

Neben der inhaltlichen Entwicklung spielt für die **CDU** die räumliche Expansionsfähigkeit von Universität und Technologiepark eine besondere Rolle. Hier muß nach unserer Auffassung eine langfristige Planungsperspektive für Universität, Institute und Wirtschaftsunternehmen geschaffen werden, die auch die Ausdehnung der Flächenplanung auf Bereiche nördlich der Autobahn 27 und eine angemessene Verkehrsinfrastruktur beinhaltet.

Auch die räumliche Entwicklungsfähigkeit der Hochschule Bremen im Bereich Neustadt/Links der Weser ist zu fördern. Ihre Anbindung an regionale Wirtschaftsstrukturen und das Profil einer vorwiegend anwendungsbezogen ausgerichteten Forschung und Lehre sind zu stärken.

Die Hochschule für Künste muß im Bereich der materiellen und personellen Ausstattung an die bundesweit üblichen Standards angeglichen werden. Gerade in Bremen als kulturellem Oberzentrum mit überregionaler Ausstrahlung und Anziehungskraft kommt der Ausbildung künstlerischen Nachwuchses besondere Bedeutung zu. Neben der Sicherstellung der Grundversorgung künstlerischer Ausbildungskapazität muß der Förderung des Fachbereiches Musik hohe Priorität beigemessen werden.

Die **CDU** steht für eine stärkere Internationalisierung und Vielfalt der Wissenschaftslandschaft. Wir werden deshalb die Gründung einer internationalen Hochschule in Bremen-Grohn in Kooperation mit nationalen und internationalen Partnern fördern. Hiervon werden gleichzeitig wichtige hochschul- und wirtschaftspolitische Impulse nicht nur für die Region Bremen-Nord ausgehen. In einer Zusammenarbeit z.B. mit einer so namhaften Einrichtung wie der Rice University (Texas/USA) liegen Chancen, eine für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt wegweisende Hochschulneugründung gestalten zu können.

Der Entwicklung der Hochschule Bremerhaven und des Alfred-Wegener-Instituts ist ein Hauptaugenmerk zu schenken. Bei der Hochschule Bremerhaven ist die Stärkung und Einführung von Studiengängen mit maritimen, biotechnologischen, lebensmitteltechnologischen, kommunikationstechnischen und medizinisch-technischen Bezügen zeitnah anzugehen.

Alle Hochschulen bedürfen einer besonderen Förderung von neuen Technologien und neuen Medien. An der Nahtstelle zwischen Forschung und Anwendung bedarf es nach unserer Auffassung gezielter Förderprogramme, die nicht nur die finanziellen Mittel bereitstellen, sondern auch von Beginn an die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Nutzern und zwischen Entwicklern und Anwendern vorsehen und fördern.

Die größte Chance für Wirtschaftswachstum, Investitionen und neue Arbeitsplätze liegt vor allem in der Entwicklung und Anwendung dieser neuen Technologien. Nur mehr Innovationen, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, werden den Arbeitsmarkt positiv beeinflussen. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Zwei-Städte-Staat wird daher maßgeblich davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, durch eine schnelle und konsequente Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in technologische Projekte und Produkte neue Märkte zu erschließen. Wir werden uns daher für einen effizienten Technologietransfer einsetzen, der Forschungsergebnisse schneller in neue, marktfähige Produkte umsetzt. Durch die Förderung von Kooperationen von Unternehmen mit der Universität, den Forschungseinrichtungen und den Hochschulen sowie durch die Förderung von Ausgründungen kann der Transfer von Wissen in neue Produkte erheblich beschleunigt werden. Es ist notwendig, daß die hervorragenden Forschungsergebnisse an der Universität und den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven national und international transparent gemacht werden.

Die **CDU** tritt daher für eine stärkere Verzahnung von Forschung und Wirtschaft ein. Universität und Technologiepark bedürfen der Sicherung ihrer Entwicklungsfähigkeit für mehr Arbeitsplätze in Bremen. Wir treten nachdrücklich für eine weitere Förderung und Systematisierung technologischen Transfers zwischen Forschung und Wirtschaft ein. Die Moderation zwischen beiden Bereichen liegt in der Verantwortung staatlicher Initiative.

Die Gründung von Kompetenzzentren soll dafür sorgen, vorhandenes und neu gewonnenes Know-how an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu bündeln. Wir wollen eine Landesinitiative zum verbindlichen, ressortübergreifenden Vorantreiben der Verbreitung und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationssysteme. Wir werden Impulse setzen, damit Technologien, die in Bremen eine Schlüsselstellung einnehmen, wie z.B. Luft- und Raumfahrt, Mikrosystemtechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, Telematik und Logistik am Standort gefestigt werden und somit die Innovationsfähigkeit Bremer Unternehmen unterstützen. Weitere Schlüsseltechnologien wie Verfahrenstechnik, neue Werkstoffe/neue Materialien, Energie- und Umwelttechnik, Bio- und Gentechnik usw. müssen bei der Weiterentwicklung bremischer Forschungsstrukturen offensiv angegangen werden.

Als zusätzliche Forschungsakzente bieten sich die Gebiete elektronische Verwaltungsadministration, Smartcards, Telemedizin, Telekommunikation und Biotechnologie an. Durch die internationale Zusammenarbeit mit anderen Technologieparks können Parallelentwicklungen vermieden und Synergien freigesetzt werden. Durch derartige Kooperationen wird die Entstehung einer globalen wissenschaftsgetriebenen Wirtschaft gefördert.

2. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre

Technologischer Fortschritt ist abhängig von modernen Mitteln und Methoden in Forschung und Lehre.

Die Ausstattung und Verfügbarkeit mit/von Lehrmitteln muß verbessert werden. Dazu gehört insbesondere, daß neue Medien und neue Informations- und Kommunikationsmittel selbstverständliches Handwerkszeug jedes Lehrenden und Studierenden werden können. Die Möglichkeit der neuen Medien sind längst noch nicht ausgeschöpft: „Virtuelle“ Lehrveranstaltungen werden die angespannte Infrastruktur der Hochschulen wirksam entlasten und die Wahlmöglichkeiten der Studentinnen und Studenten auch überregionaler Lehrangebote erheblich verbessern. Unbeschadet der Notwendigkeit, die Bibliotheken der Hochschulen zukünftig verstärkt in ihrer Bestandspflege auch finanziell zu unterstützen, werden diese durch neue Zugriffsverfahren auf Literatur und Quellen nachhaltig entlastet. Die **CDU** unterstützt Bemühungen, die in dieser Richtung konsequent innovative Wege gehen.

Das Hochschulrecht ist über die Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes hinaus nach Auffassung der **CDU** so weiterzuentwickeln, daß Leistungsorientierung konsequent befördert wird. Wir wollen eine gezielte Förderung von Eliten an unseren Hochschulen und eine leistungsbezogene Vergabe von Förderungsmitteln. Dazu gehört auch die Überprüfung und Bewertung der Universität selbst. Deshalb treten wir für eine regelmäßige Evaluation der Fachbereiche ein. Zusätzlich ist eine Entwicklung des Hochschulrechts dahingehend notwendig, für Hochschulen unternehmerisches Handeln zu ermöglichen. Beamtenrechtliche Strukturen und Restriktionen dürfen leistungsbezogene Bezahlung und Förderung von Lehrenden an der Universität nach Auffassung der **CDU** nicht länger behindern.

Gremienarbeit an den Hochschulen ist kein Selbstzweck und muß auf das notwendige Maß beschränkt werden. Organe der studentischen Mitbestimmung haben hochschulpolitische Angelegenheiten zu vertreten. Die **CDU** lehnt

Ansprüche auf allgemeinpolitische Mandate des Allgemeinen Studentenausschusses ebenso ab wie die Zwangsmitgliedschaft in der verfaßten Studentenschaft.

3. Studienbedingungen verbessern

Studieninhalte und Studienorganisation sind mit dem Ziel, die Studiendauer zu reduzieren, deutlich zu straffen. Dieses ist nicht nur notwendig, um die Effizienz des Studiums zu steigern, sondern auch, um die Attraktivität des Studienortes Deutschland und Bremen nachhaltig im internationalen Wettbewerb zu steigern.

Studienbedingungen einerseits und Studienerfolg und -dauer andererseits stehen miteinander im

Zusammenhang. Nicht materieller Hintergrund z.B. der Eltern, sondern die Befähigung zum Studieren muß Grundlage der Entscheidung zum Studium sein. Chancengerechtigkeit bedeutet, daß jedem bei Vorlage der Voraussetzungen die Möglichkeit zum Studium eröffnet wird. Wir treten deshalb für eine bedarfsgerechte BAFÖG-Unterstützung ein. Studiengebühren während der Regelstudienzeit lehnen wir ab. Gleichzeitig müssen die Maßnahmen der studienbezogenen Beratung, Unterstützung und Betreuung durch die Lehrenden nachhaltig verbessert werden.

IV. Bessere Bildung für die Zukunft unserer jungen Generation

Bildung von heute muß sich orientieren an den Maßstäben und Anforderungen von morgen. In diesem Sinne hat Schule eine umfassende Aufgabe, in der Aspekte der Qualifizierung, der Persönlichkeitsbildung und der Erziehung gleichrangig nebeneinander stehen. Vielfalt, Differenzierung und Chancengerechtigkeit müssen wieder die schulische Wirklichkeit kennzeichnen.

Es bedarf der Wiederentdeckung einer Kultur der Anstrengung und des Lernens in unseren Schulen. Es ist weder sozial noch human, auf Leistung, Qualität und Transparenz feststehender Standards zu verzichten. Unseren heranwachsenden Generationen muß die uneingeschränkte Ausbildungs- oder Studierfähigkeit vermittelt und ihnen so der Weg in eine gesicherte Zukunft geebnet werden. Der **CDU** geht es um Chancengerechtigkeit in einer differenzierenden Schule mit gegliederter Struktur, die nicht gleichmacht, was nicht gleich ist, sondern die, orientiert

an unterschiedlichen Begabungen und Neigungen, eine auf das Individuum ausgerichtete Förderung und Forderung zuläßt und ermöglicht.

Auf unsere Initiative wurde ineffizientem Lehrereinsatz und den Folgen eines zergliederten und kleinteiligen Schulsystems erstmals wirksam entgegengetreten. Durch drastischen Abbau von Pendelwegestunden, Reduzierung von Abordnungen in außerunterrichtliche Verwendung und gleichzeitige Angleichung der Lehrerunterrichtsverpflichtung an den Bundesdurchschnitt haben wir erreicht, daß Unterrichtskapazität für den Unterricht in der Schule gewonnen wurde. Hierdurch konnten Unterrichtsausfall und Angebotslücken maßgeblich reduziert werden.

Unterrichtsausfall mindert die Qualität der Bildung unserer Kinder. Die **CDU** in Bremen sagt dem Unterrichtsausfall den Kampf an. Die **CDU** will eine Unter-

richtsgarantie für die Stundentafel, die den Schülern zusteht. Wir wissen, daß die Einlösung dieser Garantie allerhöchste Anstrengungen und das Setzen von Prioritäten bedeutet.

Diese erheblichen Anstrengungen sind wir bereit zu erbringen, weil es um die Zukunft unserer Kinder und deren Chancen in der Arbeitswelt auf der Grundlage solider Bildung geht. Weil wir mehr Qualität wollen, sind wir auch entschlossen, die dafür erforderliche Stundenzahl zu garantieren.

Auch bei der Entwicklung schulischer Strukturen macht sich christlich-demokratische Handschrift bemerkbar. Neben der Erweiterung von durchgängigen Gymnasien z.B. in Vegesack und einer Neugründung in Bremerhaven wurden Schulen mit eigenständigen Profilen geschaffen: die sportbetonte Schule in Obervieland, das Wirtschaftsgymnasium in Bremen-Horn und die Internationale Schule in Bremen-Schwachhausen.

Die personelle und materielle Situation unserer Schulen hat sich durch unseren Einfluß auf die Bildungspolitik in wichtigen Bereichen verbessert: So werden z.B. insgesamt 135 neue Lehrer in Bremen und Bremerhaven in den Jahren 1998 und 1999 eingestellt und zusätzlich erhebliche Mittel in beiden Jahren für die Modernisierung von Lehr- und Lernmitteln und die Beschaffung von Personalcomputern aufgewendet.

Besonderes Augenmerk galt in der vergangenen Wahlperiode der Schulsanierung. Nahezu 100 Mio. DM wurden durch den Stadtreparaturfonds zusätzlich aufgewendet, um bauliche Substanz in unseren Schulen zu erhalten oder wiederherzustellen. In Bremerhaven wurden Schulgebäude mit einer Summe von ca. 25 Mio. DM grundsaniert.

1. Entwicklung schulischer Strukturen voranbringen

Schulische Strukturen sind zu straffen und mehr als bisher unter Effizienzgesichtspunkten zu sehen. Hier-

zu gehören z.B. die Konzentration von Schulabteilungen mit nur einem Klassenverband pro Jahrgang und die Reduzierung von unterfrequentierten Kursen in der gymnasialen Oberstufe. Unterschiedlichen Begabungen und Neigungen wird die Bildungspolitik der Zukunft am ehesten gerecht, wenn sie diesen unterschiedlichen pädagogischen Voraussetzungen ein gegliedertes und vielfältiges Schulsystem gegenüberstellt.

Wir meinen, daß eine begabungsgerechte Schule sowohl für Hochbegabte als auch für Minderbegabte ein verbessertes Angebot sicherstellen muß. Für Hochbegabte fordern wir die Einrichtung separater Möglichkeiten einer speziellen Förderung. Lernschwache sollen so weit wie möglich im Regelschulsystem verbleiben. Für eine besondere Förderung ist jedoch auch der Erhalt von spezialisierten Schulen erforderlich.

Die Schule, insbesondere aber die Grundschule muß wieder die Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sicherstellen. Dazu bedarf es auch hier einer gesteigerten Orientierung an leistungsbezogenen Maßstäben. Wir setzen uns dafür ein, daß das Einschulungsalter flexibilisiert wird, Fremdsprachen als Angebot auch in der Primarschule möglich werden, frühzeitige Notenzeugnisse als Ansporn zur Leistung und Transparenz von Leistungsvermögen vergeben werden sollten und am Ende der vierjährigen Grundschule eine Schullaufbahnempfehlung ausgesprochen werden muß. Die Orientierungsstufe im Anschluß an die Grundschule wollen wir generell abschaffen.

Wir wollen eigenständige Ausbildungsgänge in Haupt- und Realschule sowie im Gymnasium mit jeweils eigenständigen Lehrplänen und Abschlußprüfungen. Gleichzeitig wollen wir eine Straffung und Verkürzung der gymnasialen Ausbildung unter Einbeziehung der bisherigen Orientierungsstufe auf eine Schulzeit von zwölf Jahren.

Die CDU will keine Ausweitung der Standorte von Gesamtschulen. Es darf keine Bevorzugung bei der Versorgung mit personellen und materiellen Ressourcen gegenüber anderen Schularten geben.

Die **CDU** setzt sich daher für weitere durchgängige Gymnasien ein, z.B. in der Östlichen Vorstadt und im Bremer Westen.

Wir werden eine verstärkte inhaltliche Profilbildung der Schulen und Schularten fördern. Dazu muß in der Hauptschule der berufspraktisch-handwerkliche Bezug verstärkt werden. In der Realschule soll eine Vorbereitung auf Berufe mit kaufmännischer oder dienstleistungsbezogener Orientierung stattfinden. Im Gymnasium steht die Erreichung der uneingeschränkten Studierfähigkeit im Vordergrund. Auch in der gymnasialen Ausbildung ist jedoch zu berücksichtigen, daß Bezüge zur Berufs- und Arbeitswelt hergestellt werden.

Wir treten für eine Aufhebung der regionalen Einzugs Grenzen ab Jahrgangsstufe 5 von Schulen ein. Dieses gilt insbesondere für Schulen mit speziellen Profilen. Über die bereits geschaffenen Schulen mit sportbetontem und wirtschaftlich ausgerichteten Profil hinaus sollen zeitnah medienbezogene Schulen als „Motor“ einer allgemeinen Entwicklung dieses Bereiches für die Schulen insgesamt eingerichtet werden.

Wir setzen auf eine weitgehende organisatorische Eigenständigkeit der Schulen, möchten „Autonomie“ jedoch nicht mit inhaltlicher Beliebigkeit verwechselt wissen. Gremienarbeit in den Schulen ist zu vereinfachen und insgesamt effizienter zu gestalten.

Allgemeine und berufliche Ausbildung sind mehr als bisher miteinander zu verzahnen. Hierzu gehört nicht nur eine inhaltliche Abstimmung, sondern auch eine Aufwertung der beruflichen Bildung und Qualifikation bei der Bewertung als Eingangsvoraussetzung für weiterführende Schulen und Hochschulen.

Die **CDU** tritt entschieden für den Ausbau des Weiterbildungsbereiches ein. Insbesondere durch Bündelung der Mittel und Systematisierung der Strukturen ist der Ausbau zu einem eigenständigen Bildungsbereich voranzutreiben. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist die abschlussorientierte berufsbezogene Weiterbildung. Hierbei setzen wir auf die Angebote freier, kommerzieller, betrieblicher und überbetrieblicher

Träger wie z.B. Kammern und Innungen, die durch staatliche Angebote ergänzt werden können. Darüber hinaus treten wir dafür ein, im Bereich der Hochschulen das Angebot akademischer Weiterbildung auszuweiten und zu intensivieren.

Schulen in privater Trägerschaft sind eine Bereicherung für die schulische Landschaft. Sie runden nicht nur eine Struktur der Vielfalt ab, sondern sind vielfach Schrittmacher hin zu mehr Effizienz und Qualität. Die **CDU** tritt nachdrücklich für die Erhaltung und Förderung von Privatschulen ein.

2. Qualität schulischer Bildung fördern

Die **CDU** tritt für eine Steigerung der Qualität und Effektivität der Unterrichtsgestaltung und -organisation ein.

Lehr- und Lernpläne müssen stärker und schneller als bisher aktuellen Bezügen, technologischen Entwicklungen und sozialen Veränderungen angepaßt werden. Neben der Vermittlung von Fachwissen muß die Vernetzung von Inhalten deutlich und transparent gemacht werden. Fachübergreifendes Wissen und Schlüsselqualifikationen sind durch eine moderne Methodik, z.B. projektbezogenes und fächerübergreifendes Lernen, verstärkt in den Unterricht einzubeziehen.

Die Schule von heute muß sich an den Anforderungen von morgen orientieren. Tendenzen einer zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung erfordern eine Ausweitung des fremdsprachlichen Angebots für alle Schularten. Der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien muß von der Schule verstärkt als Unterrichtsprinzip mit dem Ziel aufgenommen werden, Kompetenz auf diesen Gebieten zu vermitteln und zu erzielen.

Die **CDU** tritt für Transparenz und Vergleichbarkeit von Leistung ein. Hierzu gehören einerseits Abschlußprüfungen in allen Schularten nach landeseinheit-

lichen Kriterien, Maßstäben und Inhalten. Hierzu muß die Einführung eines zentralen Abiturs ein erster Schritt sein. Darüber hinaus sind jedoch auch nationale und internationale Vergleiche zukünftig unverzichtbare Instrumente schulischer Qualitätssicherung, die insgesamt zu einem System feststehender Verfahren entwickelt werden müssen.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Schule gehört aber auch die Überprüfung und Bewertung der Schule selbst. Die **CDU** tritt für eine Bewertung und gesunde Konkurrenz der Schulen ein.

3. Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen verbessern

Die **CDU** wird die Erfüllung der Stundentafel sicherstellen. Die Anstrengungen zur Rückführung von Lehrern aus außerunterrichtlicher Verwendung sind fortzusetzen. Freiwerdende Kapazitäten sind darüber hinaus für eine deutliche Reduzierung des Unterrichtsausfalls zu nutzen. Die **CDU** spricht sich auch für die Neueinstellung von Lehrern aus, wo dieses regional, schulart- oder fächerbezogen notwendig ist. Gleichzeitig muß bei der Bereitstellung von Unterrichtskapazität mehr Phantasie und Flexibilität entwickelt werden. So kann z.B. das vorübergehende Steigen von Schülerzahlen mit der Einführung von Arbeitszeitkonten bewältigt werden, die die bedarfsgerechte und zeitweise Erhöhung beziehungsweise Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, verteilt auf die gesamte Lebens- und Arbeitsperspektive des Lehrers, erlaubt.

Inhalte von morgen können nicht mit Unterrichtsgrundlagen von gestern vermittelt werden. Die Modernisierung und Aktualisierung der Lehr- und Lernmittel muß zeitnah realisiert werden und ein Schwerpunkt unseres bildungspolitischen Handelns sein. Hierfür sind erforderlichenfalls auch zukünftig zusätzliche Mittel einzusetzen.

Die **CDU** bekennt sich dazu, daß effektives Lernen mit Freude und Engagement nur in einer angemessenen räumlichen Infrastruktur möglich ist. Die erfolg-

reichen Bemühungen um die Sanierung der Schulräume sind darum konsequent fortzusetzen. Wir wollen dieses insbesondere durch eine Weiterführung des aus Privatisierungserlösen gefüllten Stadtreparaturfonds erreichen.

4. Schule in einer sich verändernden Welt

Die Schule von morgen muß sich zukünftig verstärkt als Dienstleister für Schülerinnen und Schüler und Eltern verstehen. Insbesondere junge Eltern und alleinerziehende Elternteile benötigen ein ortsnahe Angebot von verlässlichen Grundschulen, das durch eine Weiterentwicklung schulischer Betreuungsprojekte ergänzt werden muß. Veränderte Strukturen in Familien und Arbeitswelt erfordern es, auch in anderen Schularten/Schulstufen derartige Angebote und Projekte vorzuhalten, ggf. auch unter finanzieller Beteiligung der Eltern. Nach Auffassung der **CDU** sollten Eltern zukünftig stärker am schulischen Leben (Projekte, Betreuungen, Schulfeste, Arbeitsgemeinschaften etc.) beteiligt werden. Umgekehrt müssen Lehrerinnen und Lehrer mehr als bisher Schülerinnen, Schülern und Eltern als Berater und Beraterinnen über den schulischen Bereich hinaus zum Beispiel auch in sozialen, familiären und beruflichen Fragen zur Verfügung stehen.

Die Schule der Zukunft orientiert sich nicht nur an Leistung, sondern auch an Maßstäben der Humanität. Gewalt hat keinen Platz an Schulen. Zum Erziehungsauftrag der Schule und der ganzen Gesellschaft gehört es, solchen Tendenzen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. In der Schule muß angemessene und soziale Konfliktbewältigung durch Vorbild, aber auch durch Durchsetzung von Autorität gelebt und erlebt werden. Bildung in unseren Schulen darf nicht als wertneutrale Qualifizierung verstanden werden, sondern dient auch der Vermittlung bewährter Normen und Traditionen auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes.

Darüber hinaus sollte sich Schule als Partner der Schüler bei der sinnvollen Gestaltung von Freizeit verstehen. Dieses gilt insbesondere in sogenannten sozialen Brennpunkten. Engagieren sich Lehrerinnen und Lehrer in diesem Sinne über ihre Verpflichtung

hinaus, muß ein System zusätzlicher und leistungsgerechter Gratifikation geschaffen werden.

Schließlich erwartet die **CDU**, daß der Lebensbezug der Schule erhöht wird. Die Einbindung der Schule in ihre Region, die Kooperation mit Institutionen, Betrieben und Vereinen und die Beteiligung z.B. der Eltern an der Arbeit in der Schule und der Gestaltung außerunterrichtlicher Aktivitäten muß verstärkt werden.

5. Zukunft sichern durch berufliche Ausbildung

Das Prinzip der dualen Ausbildung ist und bleibt für die **CDU** die maßgebliche Grundlage und Methode beruflicher Ausbildung. Schulische Berufsausbildung kann diese ergänzen, aber nicht ersetzen. In Zukunft muß jeder ausbildungswillige Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten können. Wir lehnen eine Ausbildungsplatzabgabe der Betriebe ab, fordern Politik, Verwaltung, Betriebe und Tarifparteien aber auf, alle möglichen und erforderlichen Maßnahmen so frühzeitig zu ergreifen, daß das Ziel einer umfassenden Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungskapazitäten sichergestellt werden kann.

Verschärfter internationaler Wettbewerb sowie steigende Schulabgängerzahlen haben in den vergangenen Jahren zu einem gravierenden Ausbildungsplatzmangel in Deutschland geführt. Bremen und Bremerhaven waren hiervon besonders getroffen. Maßnahmen zum Abbau des Ausbildungsplatzmangels standen daher seit Beginn der Legislaturperiode im Mittelpunkt der berufsbildungspolitischen Aktivitäten der **CDU**. So hat die Bremische Bürgerschaft im Juli 1997 auf Antrag der **CDU** eine umfassende Berufsbildungsplatzoffensive in Bremen und Bremerhaven beschlossen. Mit dieser Offensive wurde eine Vielzahl von Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze eingeleitet. Dazu gehören u.a. die Finanzierung von Ausbildungsstellenwerbern bei den Kammern, die Entwicklung außerbetrieblicher Ausbildungsprojekte, eine Flexibilisierung des Berufsschulunterrichts, die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst sowie eine Kam-

pagne zur Bekanntmachung neuer oder neugeordneter Ausbildungsberufe.

Mit Hilfe der Ausbildungsplatzoffensive konnten allein für das Ausbildungsjahr 1997/1998 mehr als 500 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, darunter 374 vollschulische Ausbildungsplätze in der Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß (BFS/q).

Auch in diesem Jahr wurden die Bemühungen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze fortgesetzt. So wurden für unversorgte Ausbildungsplatzbewerber im September 1998 erneut 225 zusätzliche Ausbildungsplätze in den beruflichen Vollzeitschulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven bereitgestellt. Darüber hinaus wurde auch das duale Ausbildungsplatzangebot des Öffentlichen Dienstes um 30 Plätze aufgestockt. Allein für diese beiden Maßnahmen wurden mehr als 6 Mio. DM aufgewendet. Weitere Mittel wurden investiert, um die Wirtschaft bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu unterstützen. So fördert das Land die Einrichtung von Ausbildungsverbünden. Ausbildungsverbünde zwischen Betrieben können nicht nur zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, sondern auch die Breite der Ausbildung erhöhen, da sie durch eine modulare Ausbildungsorganisation eine Ergänzung für die Ausbildung darstellen. Durch die verschiedenen Maßnahmen konnte erreicht werden, daß das Land Bremen im Gegensatz zum Bundestrend sowohl 1997 als auch 1998 eine Zunahme der Zahl der Ausbildungsplätze vermelden konnte.

Die Veränderungsgeschwindigkeit in der beruflichen Ausbildung muß mit der Dynamik in der Arbeitswelt Schritt halten. Die **CDU** wird dafür sorgen, daß die Struktur und die Inhalte beruflicher Ausbildung den Anforderungen der Praxis schneller als bisher angepaßt werden. Neu entstehenden Berufsbildern ist durch die Schaffung neuer Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zeitnah Rechnung zu tragen. Wo zwischen einzelnen Ausbildungsberufen inhaltliche Überschneidungen und Parallelen sind, muß stärker als bisher modular aufgebauter gemeinsamer Unterricht und gemeinsame Ausbildung stattfinden.

Zwischen Betrieben und Berufsschulen sind neue Formen der Arbeitsteilung notwendig. Die Rahmenlehrpläne müssen sich stärker an den Bedürfnissen der betrieblichen Praxis orientieren. Doppelungen von Lerninhalten müssen vermieden werden.

Die beruflichen Schulen in Bremen müssen dahingehend verbessert und ausgebaut werden, daß sie ihrer Rolle eines hochwertigen und zukunftsfähigen Zweiges der beruflichen Bildung gerecht werden. Dies kann in flexibler, intelligenter und partnerschaftlicher Kooperation mit den ausbildenden Betrieben erreicht werden. Auch die Prüfungen müssen der betrieblichen Praxis besser angepaßt werden. Wir treten für eine Dauer des Berufsschulunterrichts ein, die sich an den Erfordernissen der Betriebe, den Anforderungen des Berufsbildes und den Bedarfen der Berufsschüler orientieren muß. Qualität geht vor Quantität. Wir lehnen deshalb einen obligatorischen zweiten Berufsschultag ab.

Darüber hinaus muß eine Ausbildung in Stufen vorgesehen werden, die bereits nach zwei Jahren zu

einem ersten arbeitsmarktverwertbaren Abschluß führt, wenn dieses fachlich vertretbar ist.

Wir treten für die Förderung von Gründungen von Berufsakademien ein. Deren Konzept, berufspraktische Ausbildung mit wissenschaftlicher Bildung zu verknüpfen, ist ein geeigneter Weg, die Lücke zwischen beruflich-dualer Ausbildung und dem Hochschulstudium zu schließen.

Der Bereich der beruflichen Weiterbildung ist nachhaltig zu stärken. Fort- und Weiterbildung sind wichtige Instrumente, um für die Menschen die Dynamik der Veränderungen transparent zu machen und ihren beruflichen Erfolg zu sichern. Entschlackung der beruflichen Erstausbildung muß Hand in Hand gehen mit der Entwicklung der beruflichen Weiterbildung.

Zur Verbesserung der berufsschulischen Ausbildung halten wir die Einrichtung einer eigenständigen Berufsschullehrer Ausbildung im Land Bremen für notwendig, die den hohen berufspraktischen und didaktischen Anforderungen einer berufsschulischen Ausbildung von morgen gerecht wird.

V. Für ein soziales Bremen und Bremerhaven

*Die **CDU** will ein menschliches Bremen und Bremerhaven, von dem die Menschen sagen: Es geht sozial und gerecht bei uns zu. Unser wichtigstes Ziel ist es, denen wirksam zu helfen, die sich nicht selbst helfen können und unsere Hilfe brauchen. Dieses verstehen wir nicht nur als staatliche Verpflichtung auf gesetzlicher Grundlage, sondern es ist nach unserer Auffassung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus christlicher Verantwortung.*

Schon heute steht fest: Wir werden in einer Gesellschaft leben mit sehr viel mehr älteren und sehr viel weniger jungen Menschen. Die Lebenserwartung steigt, die Geburtenzahlen stagnieren. Das Zusammenleben von Kindern, Eltern, Großeltern, anderen Verwandten unter einem Dach wird zur Ausnahme. Die Aufgabenteilung innerhalb der Familie wird sich weiter verändern. Berufstätigkeit und Berufskarriere gewinnen noch an Bedeutung, die Verteilung der Verpflichtungen im Haushalt und in der Erziehung

verändert sich. Eine flexible Arbeitswelt, mehr Angebote an Kinderbetreuungseinrichtungen und an Dienstleistungen für Haushalt und Kindererziehung werden helfen, Familie, Beruf und sonstige Interessen partnerschaftlich miteinander zu vereinbaren.

Darüber hinaus gilt es, die Bürgergesellschaft zu unterstützen. Bremen hat eine große hanseatische Tradition im bürgerschaftlichen Engagement für andere und für ehrenamtliche Tätigkeit. Das Ehrenamt bzw. die Freiwilligenarbeit muß aufgewertet, gefördert und die handelnden Menschen besser abgesichert werden. Die Anerkennung eines solchen Engagements in Schulzeugnissen ist ein erster Schritt gewesen.

Wir wollen insbesondere denen zur Seite stehen, die es in unserer Gesellschaft besonders schwer haben, wie pflegebedürftige Menschen und Menschen mit einer Behinderung.

Unser Ziel ist es, soziale Leistung auf nur wirklich Bedürftige zu konzentrieren. Die Voraussetzung dafür ist, den Rahmen für Selbstverantwortung jeder eigenständigen Person zu stärken und Selbsthilfe zu fördern. Wir wollen die sozialen Hilfen noch näher an die Menschen heranbringen. Deshalb wollen wir weniger Bürokratie und mehr Selbsthilfe. Dazu gehört eine Sozialverwaltung, die effizient und bürgernah arbeiten kann.

1. Familienpolitik ist Zukunftspolitik

Die Förderung der Familien steht im Mittelpunkt christdemokratischer Politik. Familie, das heißt für uns nicht nur die Eltern und ihre Kinder. Familie sind auch die Alleinerziehenden mit ihren Kindern. Unser Leitbild ist die partnerschaftliche Familie. Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder in ihrer Familie aufwachsen können. Insbesondere in den ersten drei Lebensjahren brauchen sie den besonderen Schutz und die Geborgenheit der Familie. Das bedeutet, daß die Arbeit in der Familie gemeinsam geleistet wird.

Dies alles verdient mehr gesellschaftliche Anerkennung. Wir werden einen Landesfamilienpreis initiieren, mit dem beispielhafte ehrenamtliche Initiativen

zur Unterstützung der Familie ausgezeichnet werden sollen. Wir wollen die Bejahung des Kindes durch eine zusätzliche finanzielle Leistung zu den Hilfen der Bundesstiftung Mutter und Kind erleichtern. Es soll sich keine Frau zu einem Schwangerschaftsabbruch, schon gar nicht aus finanzieller oder wirtschaftlicher Not, gezwungen sehen. Deshalb wollen wir das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für junge Mütter und ihre Kinder in Zusammenarbeit mit bestehenden Angeboten freier Träger ausbauen.

2. Bedarfsgerechtes Angebot an Kindergarten- und Hortplätzen

Eine gute Kinderbetreuung zu fördern bzw. zu erreichen, ist für die **CDU** ein besonderer Schwerpunkt. Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Bremen und Bremerhaven umgesetzt und die Vielfalt der privaten und gemeinnützigen Anbieter gleichberechtigt neben den städtischen Angeboten gesichert. Es wird angestrebt, kommunale Kindergärten in die Verwaltung freier Träger zu überführen.

Wir streben ein Angebot von Kindergarten- und Hortplätzen an, das sich am Bedarf innerhalb eines Stadtteils und an den veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen orientiert. Dazu zählen neben Kindergärten und Horten auch Elterninitiativen, Kinderspielkreise, Betriebskindergärten, Krabbelgruppen und besondere Tagesmütterprojekte, deren sozialversicherungspflichtige Absicherung und Möglichkeit zur Weiterqualifikation wir begrüßen. Ein wichtiger Bestandteil ist für uns die Förderung behinderter Kinder.

Durch Umsteuerung und Veränderungen der Öffnungszeiten und ein flexibles Angebot wollen wir hier zu weiteren Verbesserungen kommen. Weiter werden wir uns für eine verbesserte Förderung der deutschen Sprache und zusätzliche Angebote zur zweisprachigen Erziehung in Kindergärten einsetzen.

3. Jugend schafft Zukunft

Wir brauchen Jugendliche, die sich im öffentlichen Leben aktiv beteiligen sowie Entscheidungen und Entscheidungsprozesse mitgestalten. Die junge Generation ist engagiert und leistungswillig. Sie soll alle Möglichkeiten erhalten, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und aktiv für ihre Chancen zu kämpfen. Politik mit der Jugend heißt für uns, die junge Generation stärker als bisher beispielsweise in Form von Kinder- und Jugendparlamenten einzu beziehen. Wir werden sie zu Wort kommen lassen und ihre Kritik konstruktiv einbeziehen.

Zukunftsperspektiven zu geben, ist Grundlage für ein verstärktes Vorgehen gegen Jugendgewalt. Wir wollen ein Programm „Jugend mit Zukunft - gegen Gewalt“ einführen. Ursache für Gewaltbereitschaft und Jugendkriminalität sind oft Bindungs- und Orientierungslosigkeit. Eltern müssen deshalb auch ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen und zur Konfliktfähigkeit in der Lage sein. Wir treten deshalb für eine verstärkte Wertevermittlung und die Ausbildung von Toleranz und Rechtsbewußtsein ein.

Wir unterstützen Jugendverbände, Jugendgruppen, Jugendinitiativen und Sportvereine, die über ein reichhaltiges Angebot an sinnvoller Freizeit- und Lebensgestaltung hinaus einen wichtigen Beitrag zur Solidarität und Mitverantwortung erbringen. Wir wollen eine grundlegende Veränderung der Struktur der Jugendfreizeitheime gegebenenfalls in neuer Trägerschaft in Bremen und Bremerhaven, um den neuen Entwicklungen im Verhalten von Jugendlichen gerecht zu werden. Hierzu gehört der Einsatz von neuen Medien genauso wie bauliche Veränderungen zu modernen Sport- und Freizeitstätten.

Wir wollen die Möglichkeit, sich für ein Jahr im Freiwilligendienst zu engagieren, erweitern. Wir werden die Plätze beim Freiwilligen Sozialen Jahr, Freiwilligen Ökologischen Jahr oder Europäischen Freiwilligendienst für Bremen und Bremerhaven erheblich erweitern, um die Bereitschaft junger Menschen, sich für andere Menschen oder für die Umwelt zu engagieren, mit Leben zu erfüllen.

4. Chancengerechtigkeit für Frauen

Die CDU will, daß Frauen und Männer in Bremen gleiche Chancen am Arbeitsmarkt und bei Führungspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft haben. Neue, flexible Teilzeitarbeitsplätze und Telearbeitsplätze sind hier eine große Chance. Existenzgründerinnen werden von uns besonders gefördert. Wir wollen die familienfreundlichen Unternehmen in Bremen und Bremerhaven stärken, die Müttern und Vätern bessere Möglichkeiten bieten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Wir haben uns in Bremen und Bremerhaven dafür eingesetzt, daß die alltäglichen Arbeits- und Handlungsabläufe von Frauen (z.B. Wege zur Arbeit, Kinderbetreuung, Ausstattung der Wohnquartiere mit Versorgungseinrichtungen) auch durch städtebauliche Planungen im Hinblick auf die Sicherheit beeinflußt werden.

Wir wollen den Schutz von Frauen vor Gewalt verstärken und den Opfern helfen. Durch den Einsatz von Wach- und Sicherheitspersonal im öffentlichen Personennahverkehr sollen sich gerade Frauen sicherer fühlen.

5. Offensive Politik für ältere Menschen

Die CDU würdigt und respektiert die Lebensleistung der älteren Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland wiederaufgebaut hat. Die Politik hat die Aufgabe, der älteren Generation einen sicheren Lebensabend durch die Anerkennung der erbrachten Lebensleistung zu gewährleisten. Die CDU setzt sich weiter für den Erhalt der beitragsfinanzierten Rente ein und wendet sich gegen Bestrebungen für eine Einheitsrente.

Wir halten an der gesetzlichen Pflegeversicherung fest.

Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Seniorenförderungsgesetz ein. Mit dem Gesetz soll die Seniorenpolitik nicht nur unter die Gesichtspunkte von Betreuung und Pflege gestellt werden. Die Konse-

quenz daraus ist, ein entsprechendes Landesgesetz einzubringen.

Wir unterstützen Projekte wie beispielsweise die Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros, die das Wissen und Engagement der älteren Menschen für die verschiedensten ehrenamtlichen Tätigkeiten nutzen. Für einen sicheren Lebensabend ist es Voraussetzung, Dienstleistungszentren und genügend ambulante Hilfen vorzuhalten und weiter zu fördern.

Die Bildungsangebote für Senioren wollen wir der veränderten Nachfrage anpassen. Für die Gestaltung des Lebensumfeldes der Senioren werden wir weitere Verbesserungen in die Fortschreibung des kommunalen Altenplanes einbringen.

6. Praktische Solidarität mit behinderten Menschen

Menschen mit einer Behinderung haben das gleiche Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen dürfen nicht hingenommen werden. Rechtliche, soziale, ökonomische und technische Vorschriften, Regelungen oder Verfahrensweisen, die der gleichberechtigten Teilnahme entgegenstehen, müssen so weit wie möglich beseitigt werden. Das gilt für den Bereich des Wohnens und der Gestaltung des Lebensraumes, für die Schule, für die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie für die Arbeitsplatzgestaltung und die berufliche Integration Behinderter. Neben den Werkstätten für Behinderte wollen wir Modelle der Arbeitsassistenten unterstützen, um Menschen mit einer Behinderung die berufliche Integration zu erleichtern. Wir wollen den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung verbessern sowie durch verkehrspolitische Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Mobilität beitragen.

Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder mit einer Behinderung in ihrer eigenen Familie aufwachsen und erwachsene Menschen mit einer Behinderung in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben können. Familien, die die schwere Daueraufgabe der Pflege und Betreuung leisten, brauchen Hilfe und Entla-

stung. Wir wollen deshalb die familienentlastenden Dienste weiter ausbauen. Für Menschen mit einer Behinderung, die nicht mehr in der Familie leben können, müssen ausreichend Plätze z.B. in Wohngruppen vorgehalten werden.

7. Gesundheitsvorsorge und -fürsorge sichern

Für die **CDU** sind im Gesundheitswesen moderne und hochwertige Krankenhäuser von Bedeutung. Wir haben den Landeskrankenhausplan bis zum Jahr 2003 auf den Weg gebracht, um ausreichend Krankenhauskapazitäten für die Bürger sicherzustellen. Zur Absicherung des hohen Investitionsbedarfs der Bremer Krankenhäuser wurden jährlich rund 20 Mio. DM aus dem Stadtreparaturfonds zusätzlich zur Verfügung gestellt. Wir setzen uns dafür ein, daß auch in Zukunft ausreichend Mittel für Investitionen der Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung gestellt werden. Es wurden geriatrische Fachabteilungen (Altersheilkunde) in Krankenhäusern Bremens und Bremerhavens gegründet.

Wir haben dafür gesorgt, daß in einer großen Kraftanstrengung im Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Straße ein Neubau des Zentraloperationstraktes und der zentralen Aufnahmen durchgeführt wird. Zur besseren Bekämpfung der Krebserkrankungen haben wir ein Krebsregistergesetz für das Land Bremen initiiert. Auf unsere Initiative wurde eine unabhängige Patientenberatungsstelle eingerichtet.

Die **CDU** wird die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen sowie die Information über Gesundheitsvorsorge und Früherkennung von Krankheiten als eine Säule ihrer Gesundheitspolitik herausstellen. Fortschritte in der Prävention sind für uns unerlässlich.

Eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und effiziente Krankenhausversorgung wird weiterhin sichergestellt, so daß jedem eine hochwertige stationäre oder ambulante Behandlung zur Verfügung steht. Einzel-

ne Fachdisziplinen werden wir zu überregionalen Zentren ausbauen. Wir werden an einem eigenverantwortlichen Gesundheitssystem festhalten. Dazu gehört verantwortliches Verhalten und Handeln aller Beteiligten. Im Mittelpunkt steht dabei die Prävention von Gesundheitsschäden. Hierzu können wir auch auf ein gut ausgebautes System von Selbsthilfegruppen, Initiativen der Kassen, Ärzte und Krankenhäuser, ergänzt durch das staatliche Gesundheitswesen, zurückgreifen.

Die **CDU** wird die Eigenverantwortung der Leitungen in den kommunalen Krankenhäusern mit dem Ziel von mehr Wirtschaftlichkeit und modernerer Führungs- und Managementstrukturen in den Krankenhäusern vorantreiben. Die bisher erfolgten Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Krankenhäuser durch den Stadtreparaturfonds sollen fortgesetzt werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jahrelange Vernachlässigung von Krankenhaussanierungen durch das SPD-geführte Gesundheitsressort unbedingt erforderlich. Wir werden die Krankenhäuser dabei unterstützen, sich zu modernen Gesundheitszentren weiterzuentwickeln, d. h. Ausbau des ambulanten Operierens, der vor- und nachstationären Behandlungsmöglichkeiten, der Tageskliniken und bessere Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten. Die **CDU** wird dafür sorgen, daß die Nachsorge verbessert und die ambulante und stationäre Behandlung mehr als bisher verzahnt werden. Die Bedeutung des Hausarztes wollen wir durch diese Maßnahmen verstärken. Für die **CDU** gilt der Grundsatz, soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig. Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung neuer Rehabilitationsangebote im Lande Bremen ein.

8. Kampf gegen Drogen

Eine der schwierigsten Herausforderungen ist der Kampf gegen Drogen. Unsere Drogenpolitik verfolgt als wesentliche Ziele:

- ein drogenfreies Leben,
- keine Legalisierung von Drogen,
- die Stärkung der Prävention durch intensivere Auf-

klärung und Beratung über die schädlichen Folgen des Drogenkonsums,

- den Ausbau drogenfreier Therapieangebote insbesondere durch Umsteuerung von kommunalen Einrichtungen zu freien Trägern,
- die Methadonsubstitution in ärztlich begründeten Fällen,
- ein niedrigschwelliges Angebot als Einstieg für den Ausstieg weiter vorzuhalten,
- die zusätzliche Ausrichtung der Drogenberatung auf den veränderten Konsum von Drogen (Designerdrogen).

Suchtprävention kann gleichwohl ohne den Mut zur verantwortlichen Erziehung in den Elternhäusern, aber auch in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Vereinen und Kirchen, die Kinder in ihrer Persönlichkeit stärkt, nicht erfolgreich sein.

Daneben kommt der Bekämpfung des Alkohol- und Medikamentenmißbrauchs eine besondere Bedeutung zu.

9. Sozialhilfe konzentrieren

Bisherige Änderungen und Reformen in der Sozialhilfegesetzgebung bedeuten nicht Sozialabbau, sondern tragen dazu bei, daß die Hilfsbedürftigen entsprechend gefördert werden und andererseits der Mißbrauch eingeschränkt wird.

Die **CDU** hat erreicht, daß zusätzliche Arbeitsangebote für arbeitslose Sozialhilfeempfänger im Alter von 18 - 27 Jahren geschaffen wurden. Das Ziel der jetzt eingeleiteten Maßnahmen ist es, Arbeit anzubieten und eine Perspektive zur langfristigen und eigenständigen Existenzsicherung zu ermöglichen.

Durch Fördermaßnahmen zur Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge und konsequente Anwendung des Asylrechts haben wir für einen stetigen Rückgang der Ausgaben gesorgt.

Wir werden uns für die Beseitigung der Ursachen von Sozialhilfebedürftigkeit einsetzen. Das perspektivlose Verbleiben in der Sozialhilfe muß mit Hilfe von verstärkter Beratung und Vermittlung in Arbeitsmöglichkeiten vermieden werden. Dieses soll möglichst durch

private Vermittler geschehen. Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sollen grundsätzlich zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Gemeinnützige Arbeit bietet den Vorteil, daß einerseits Sozialhilfeempfänger Tätigkeiten ausüben, die für die Gemeinschaft sinnvoll sind und andererseits die Integration in normale Beschäftigungsverhältnisse gefördert wird. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen im Programm „Arbeit für Sozialhilfeempfänger“ in Bremen wollen wir auf alle Altersgruppen wie in Bremerhaven erweitern. Um die zu schützen, die bedürftig sind und soziale Leistungen zu Recht beziehen, und um diejenigen, die für ihr Geld hart arbeiten, nicht zu entmutigen und ihr Gerechtigkeitsgefühl nicht zu verletzen, muß Sozialhilfemißbrauch entschieden bekämpft werden.

Wir wollen deshalb nach dem Vorbild anderer Städte die Bezugsvoraussetzung genauer prüfen und einen Außermittlungsdienst einrichten. Weiter wird sich das Land am bundesweiten Datenabgleich beteiligen und diesen auswerten. Wir werden den Leistungsumfang in Bremen und Bremerhaven anderen vergleichbaren Großstädten anpassen und entsprechend reformieren.

10. Spätaussiedler integrieren

Wir unterstützen die von den Kirchen und Vertriebenenverbänden zur besseren Integration der Spätaussiedler wahrgenommene Beratungs- und Betreuungsarbeit mit deren Einrichtungen, Mitarbeiterschulungen und Seminaren. Neben der ehrenamtlichen Arbeit ist das staatliche Angebot den Anforderungen der jetzt zu uns kommenden Menschen und ihren Bedürfnissen anzupassen. Die **CDU** begrüßt, daß durch die Sprachförderung in den Herkunftsländern die zu uns kommenden deutschstämmigen Neumitbürger bei der Einreise bereits über deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

11. „Ja zu Integration - Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“

Die **CDU** ist dafür, ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern zu fördern. Jeder Form der

Diskriminierung erteilt die **CDU** eine deutliche Absage. Fremdenfeindlichkeit darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Die **CDU** wird die Integration der hier lebenden Ausländer weiter voranbringen. Unsere Ausländerpolitik will ein lebendiges und kooperatives Miteinander von Deutschen und Ausländern in Bremen und Bremerhaven. Grundlage für ein Zusammenleben ist die beiderseitige Anerkennung gesellschaftlicher Emanzipation, Freiheit und Toleranz sowie Gewaltlosigkeit. Der Integrationsprozeß muß durch gegenseitige Achtung von Kultur, Identität und Menschenwürde getragen werden. Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden.

Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und ihren Kindern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern. Zur Integration gehört auch das Beherrschen der deutschen Sprache durch die ausländischen Mitbürger. Eine erweiterte Sprachförderung in den Kinderbetreuungseinrichtungen und an der Schule fördert dieses Ziel.

Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar. Deshalb sind wir gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit. Das von der Bundesregierung präferierte Optionsmodell (Rheinland-Pfalz-Modell) lehnen wir ab.

12. Sport aufwerten

Die **CDU** hat dafür gesorgt, daß die Förderung des Sports in die Landesverfassung aufgenommen wurde und zusätzliche Mittel im Stadtreparaturfonds für die Sanierung von Sportanlagen zur Verfügung gestellt wurden. Den Neu- bzw. Ausbau von Sportstätten haben wir vorangetrieben, wie z.B. die Ostkurve des Weserstadions, die Eislauf- und Inlineskaterhalle in Walle und das Seniorenbad (Herbert-Ritze-Bad).

freude. Die **CDU** bekennt sich zur Förderung des Sports als öffentliche Aufgabe.

Die **CDU** sieht die Sportvereine als wichtige Partner bei der Gestaltung der Freizeitangebote. Sportvereine sind auch Orte menschlicher Begegnungen und sozialer Kontakte und ein bedeutender Beitrag zur Integration vieler Menschen. Die **CDU** wird das ehrenamtliche Engagement von Trainern, Sportlern und Funktionären stärken, die ihre Freizeit dem Sport widmen.

Leistungssport und Breitensport bedingen einander und dürfen daher weder gegeneinander ausgespielt noch voneinander getrennt werden. Ohne ein Ineingreifen von Breitensport und Leistungssport ist eine erfolgreiche Talentsuche und Talentförderung nicht möglich. Die **CDU** unterstützt daher auch den Leistungs- und Spitzensport, weil von ihnen entscheidende Impulse für die Verbreitung und Entwicklung des Sports insgesamt ausgehen.

Die **CDU** tritt für eine Übertragung von Sportstätten in die Verantwortung von Vereinen ein. Weiter sind

wir für eine Fortsetzung des Sanierungsprogramms von Sportstätten im Rahmen des Stadtreparaturfonds, um diese auf einem modernen Stand zu halten.

Die **CDU** unterstützt den Ausbau der Nordgeraden des Weserstadions zu einem Dienstleistungszentrum und den Umbau zu einer WM-tauglichen Sportstätte.

13. Maßnahmen gegen Psychosekte

Psychosekte und Psychogruppen geraten zunehmend ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Wo sie zur Besorgnis Anlaß geben, sind auch Staat und Gemeinschaft gefordert, tätig zu werden. Deshalb werden wir für Bremen und Bremerhaven eine gezielte, mit fachlicher Erfahrung ausgestattete Beratung für den Bereich Psychosekte und Psychogruppen sicherstellen. Wird diese Beratung durch freie Träger (z.B. Kirchen) angeboten, so werden diese von uns unterstützt. Wir werden die Bevölkerung u.a. umfassend über die Gefahren von Scientology aufklären.

VI. Bremen und Bremerhaven sind sicherer geworden – Kriminalität auch in Zukunft dauerhaft und wirksam bekämpfen

Innere Sicherheit ist die Grundlage menschlichen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Nur eine Gesellschaft, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger frei bewegen und sicher fühlen können, garantiert auf Dauer den Bestand unserer Demokratie.

Innere Sicherheit ist somit auch ein wesentlicher Standortfaktor für unsere beiden Städte. Ob die Menschen Vertrauen in die Zukunft fassen, hängt neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch entscheidend davon ab, ob sie dem Staat zutrauen, daß er seine Ordnungsfunktionen wahrnimmt. Für die Durchsetzung von Recht und Ordnung zu sorgen, ist deshalb

eine der vordringlichsten Aufgaben des Staates. Die Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols und der Schutz von Freiheit, Leben, Gesundheit und Eigentum sind für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unverzichtbarer Anspruch an die Politik. Innenpolitik, die die Handschrift der **CDU** trägt, läßt deshalb keinen Zweifel daran, daß Gewalt ebenso entschieden zu bekämpfen ist wie Verwahrlosungstendenzen in Stadtteilen unserer beiden Städte.

Die **CDU** steht für die Stärkung der Inneren Sicherheit im Lande Bremen. Wir haben erreicht, daß Bremen und Bremerhaven ihre Kriminalitätsbelastung deutlich reduziert haben. Wir haben trotz großer Sparzwänge gezielt in die Innere Sicherheit unseres Bundeslandes investiert. Wir haben keine Polizeireviere geschlossen, sondern dafür gesorgt, daß Renovierungsarbeiten vorgenommen wurden.

1. Gute personelle und technische Rahmenbedingungen für die Polizei

Innere Sicherheit hängt auch ab von der Anzahl der zur Verfügung stehenden Polizeibeamtinnen und -beamten. Deshalb haben wir für unser Land zukunftsweisende Zeichen gesetzt, als wir trotz Haushaltsnotlage und im Gegensatz zu Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg durchgesetzt haben, beim Polizeivollzugsdienst keine Kräfte abzubauen. Gleichzeitig haben wir allein 1998 80 Beamtinnen und Beamte zur Ausbildung eingestellt.

Gute Arbeitsbedingungen für die Polizei sind von zentraler Bedeutung für die Innere Sicherheit. Deswegen haben wir trotz äußerster Sparzwänge kräftig investiert: Mit dem Bau des neuen Polizeipräsidiums 2000 in der Vahr mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 85 Mio. Mark werden Raumnot und die Zerstreuung von Dienststellen auf verschiedene Standorte im Stadtgebiet ein Ende haben. Das Polizeipräsidium 2000 bringt aber auch eine Anpassung der Technik an modernste Standards mit sich. Dies schafft verbesserte Arbeitsbedingungen. Zugleich wurden auch notwendige Sanierungen und Umbauten in den bremischen Polizeirevieren getätigt, so z.B. in den Polizeirevieren Steintor und Gröpelingen sowie derzeit in Vegesack und Lesum.

In Bremerhaven wurde das Polizeigebäude im Stadthaus VI und das Polizeirevier in Geestemünde umgebaut und renoviert. Der Umbau des Polizeireviers in Leherheide ist beschlossen und wird in 1999 durchgeführt.

Gleichzeitig haben wir dringende Investitionen in den Fuhrpark der Polizei vorgenommen und alleine durch ein Sonderprogramm im Wert von 2,1 Millionen Mark in den Jahren 1997 und 1998 54 Fahrzeuge erworben.

Zusätzlich zu den normalen Ausgaben für die Ausrüstung der Polizeibeamten wurden über ein Sonderbeschaffungsprogramm durch die Stadt Bremerhaven 500.000 DM für die Ausrüstung der Polizeibeamten mit Leichtschtwesten und neuen Funkgeräten bereitgestellt. Die **CDU** strebt an, alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, vorrangig die, die im Einzeldienst tätig sind, mit Leichtschtwesten auszustatten, um größtmöglichen persönlichen Schutz zu erreichen.

Die Polizei hat einen Anspruch auf angemessene Besoldung. Deshalb haben wir hier einen Schwerpunkt gesetzt und alleine 1998 bei der Polizei 221 Beförderungen und 187 Hebungen (zuzüglich 40 bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven) beschlossen. Damit kam jede dritte Beförderung im bremischen Öffentlichen Dienst der Polizei zugute.

Oberstes Ziel bleibt es, kein Personal im Polizeivollzugsdienst abzubauen. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn geschaffen werden. Ziel muß es sein, insbesondere durch weitere Stellenhebungen im mittleren Dienst bessere Förderungsmöglichkeiten - vor allem für Lebensältere - zu schaffen. Parallel dazu werden wir die Ausbildung zum Polizeivollzugsdienst neu ordnen und strukturieren. Ziel aller Maßnahmen wird für uns die Förderung der Berufsperspektiven für Polizeivollzugsbeamte sein.

2. Keine Silvesterkrawalle und gewalttätigen Ausschreitungen mehr

Stand bis 1995 Silvester in Bremen immer unter dem Motto „Krawalle auf der Sielwall-Kreuzung“, so hat dies seit 1995/96 endlich ein Ende: Gewalt gegen Sachen und gegen Personen ist seitdem von der Polizei auch an diesem symbolträchtigen Tag bisher jedes Mal erfolgreich verhindert worden.

Auch die angekündigten „Chaos-Tage“ hatten in Bremen keine Chance. Die Chaoten erhielten erst gar keine Möglichkeit, sie zu veranstalten. Ebenso konnten Ausschreitungen von Autonomen oder radikalen Ausländergruppen vermieden werden. Wir haben dafür gesorgt, daß die Polizei schlagzeilenträchtige Gewalt in Bremen und Bremerhaven in den letzten vier Jahren weitgehend unterbinden konnte. Linke und rechte Krawallmacher haben in unseren Städten keine Chance mehr. Wir haben der Polizei für rechtlich einwandfreies Verhalten die unverzichtbare politische und psychologische Rückendeckung gegeben.

3. Weniger Kriminalität - höhere Aufklärungsquote

Die jüngste Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Landes Bremen belegt: 1998 ist die Zahl der im Land Bremen von der Polizei registrierten Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Prozent gesunken. Gleichzeitig sank die Gesamtkriminalität seit 1985 erstmals wieder unter die Grenze von 90.000 Straftaten. In der Kriminalitätsbelastung liegt die Stadt Bremen unter anderem hinter Hannover, Hamburg und Frankfurt/Main. Die Aufklärungsquote hat mit 48,3 Prozent im Landesdurchschnitt den höchsten Wert seit 1967 erreicht, mit 50,1 Prozent lag sie in Bremerhaven besonders hoch. Diese Zahlen dokumentieren, daß unsere beiden Städte über leistungsfähige und motivierte Polizeibeamtinnen und -beamte verfügen.

Wir wollen den eingeschlagenen Weg in der Innenpolitik weitergehen. Die positiven Entwicklungen für

unsere beiden Städte müssen stabilisiert werden, nur dann können Kriminalitätsstrukturen langfristig beseitigt werden.

4. Mehr Polizei auf die Straße

Eine optimierte Bekämpfung der Kriminalität, besserer Kontakt zu den Bürgern und mehr Vorbeugung gegen Kriminalität ist das Motto der Polizeireform. Besondere Beachtung bei den Bürgern haben auch die Kontaktbereichsbeamten gefunden, die während ihrer Fußstreifen gezielt den Kontakt zur Bevölkerung suchen. Sie beraten auch verstärkt Opfer von Kriminalität.

„Mehr Polizei auf die Straße“ ist auch das Ziel der verstärkten Kooperation zwischen dem Bundesgrenzschutz und der Bremer Polizei in der „Aktion Sicherheitsnetz“. 50 Beamte des Bundesgrenzschutzes unterstützen seit Juli 1998 die Bremer Polizei bei der Bekämpfung der Straßenkriminalität. Der Erhalt der Bundesgrenzschutz-Station am Bahnhof in Bremerhaven ist ein Erfolg unserer Politik für mehr Innere Sicherheit.

Im neugegründeten „Bremer Sicherheitsforum“ arbeiten unter anderem Polizei, Wirtschaft und private Sicherheitsdienste verstärkt an den Nahtstellen der jeweiligen Zuständigkeiten zusammen.

Mit der „Einsatzgruppe Graffiti“ haben wir deutlich gemacht, daß wir die Verschandelung weiter Teile unserer Stadt durch illegale Schmierereien aktiv bekämpfen. Schlanke Strukturen, eine effizientere Organisation - das macht die Polizei im Lande Bremen noch leistungsfähiger für mehr Innere Sicherheit und für noch mehr Dienst am Bürger. Die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bundesgrenzschutz und mit privaten Sicherheitskräften bündelt alle Kräfte, die für eine sichere und lebenswertere Stadt arbeiten.

5. Konsequente Bekämpfung der Drogenkriminalität

Wir haben konsequent alle polizei- und strafverfahrensrechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Drogenszene ausgeschöpft. Wir haben den Verfol-

gungsdruck deutlich erhöht und das Entdeckungsrisiko möglichst groß gehalten. Nur auf diese Weise können das Drogenproblem und seine Folgelasten in Grenzen gehalten werden.

Gleichzeitig ging die indirekte Beschaffungskriminalität (wie Wohnungseinbrüche und Diebstahl aus Kraftfahrzeugen) zurück. Hiermit wurde auch die Behauptung widerlegt, nur durch die Entkriminalisierung von Drogen könne die Beschaffungskriminalität wirksam eingedämmt werden. Die Lage an den Brennpunkten Hauptbahnhof, Ostertor- und Steintor-Viertel hat sich erstmals wieder positiv entwickelt. Der offene Straßenhandel durch Dealer am Hauptbahnhof ist durch den konzentrierten Einsatz von Sondergruppen, Spezialeinsatzkommandos, Revierbeamten und der mobilen Wache nahezu aufgelöst worden.

Der repressive Teil unserer bremischen Drogenpolitik ist - neben Suchtprävention und Suchthilfe - unverzichtbar. Unsere Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, vor illegalen Drogen und ihren Folgen geschützt zu werden.

6. Ausländerkriminalität bekämpfen und Asylmißbrauch verhindern

Auch in der Ausländerpolitik wurde ein Schlußstrich unter rot-grüne Unberechenbarkeiten gezogen: Ausländerkriminalität wurde entschieden bekämpft, Tarnorganisationen der kriminellen "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) verboten. Damit haben wir deutlich gemacht, daß wir es nicht zulassen, daß Ausländer ihre Konflikte in unser Land hineinragen und sich hier mit Gewalt auseinandersetzen. Zur konsequenten Gewaltbekämpfung setzen wir uns dafür ein, daß auch in Bremen beschleunigte Strafverfahren durch die Gerichte durchgeführt werden - wie diese erfolgreich in Stuttgart nach den Demonstrationen von militanten PKK-Anhängern praktiziert wurden.

Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, bei denen es keine Abschiebungshindernisse gibt, werden konsequent abgeschoben. Auch Bremen und Bremerhaven haben den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina große Gastfreundschaft gewährt. Nachdem

sich die Lage in ihrer Heimat stabilisiert hatte, stand die Rückkehr an. Inzwischen sind rund drei Viertel aller im Lande Bremen aufgenommenen Bürgerkriegsflüchtlinge ihrer Pflicht zur Ausreise nachgekommen, womit der Rückkehreranteil weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

7. Keine Toleranz für Drogenkonsum und Drogenhandel

Im Mittelpunkt unserer Drogenpolitik muß der wirkungsvolle Schutz der Bevölkerung vor illegalen Drogen stehen. Diese abschreckende Wirkung darf nicht unterschätzt werden. Mit der **CDU** wird es deshalb auch keine Experimente mit einer teilweisen Freigabe oder staatlichen Abgabe von Rauschgift geben. Wir wenden uns auch strikt gegen eine Entkriminalisierung todbringender Rauschgifte.

Mit uns wird es auch keine "Fixerstuben" geben. Rauschgift macht Menschen abhängig und tötet sie - auch wenn man sich das Rauschgift "hygienisch sauber" spritzt. Fixerstuben dienen als Anziehungspunkt für Drogenabhängige. Wenn der Staat Fixerstuben einrichtet, toleriert er im Ergebnis den Rauschgiftkonsum. Wir werden dafür sorgen, daß die Drogen-szene nicht faktisch dem Zugriff der Polizei entzogen wird.

8. Schwerstkriminalität noch wirksamer bekämpfen

Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Polizei im Lande Bremen verbessern. Deshalb wollen wir das Bremische Polizeigesetz novellieren und es dem Standard der meisten anderen Bundesländer angleichen. Dazu gehört, daß der Einsatz verdeckter Ermittler ebenso geregelt wird wie der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um insbesondere die Organisierte Kriminalität wirksam zu bekämpfen.

Die Beamtinnen und Beamten der Polizeien im Lande Bremen haben einen Anspruch darauf, daß der Schußwaffengebrauch mit voraussichtlich tödlicher Wirkung ("finaler Rettungsschuß") zur Rettung unschuldiger Dritter im Bremischen Polizeigesetz eine eindeutige gesetzliche Grundlage erhält, wie dies in vielen anderen Bundesländern der Fall ist. Eine gesetzgeberische Klarstellung ist überfällig und dringend geboten - spätestens seit den Erfahrungen aus dem Geiseldrama Gladbeck/Bremen (1988).

Mit der Umsetzung der Polizeireform wollen wir konsequent fortfahren. Mit der damit verbundenen stärkeren Zusammenführung von Schutz- und Kriminalpolizei sowie einer ortsbezogenen Kriminalitätsbekämpfung wollen wir eine verstärkte Prävention und eine verbesserte Bekämpfung der Jugendkriminalität erreichen. Die Effektivitäts- und Effizienzgewinne durch die Polizeireform werden wir zur Stärkung des Landeskriminalamtes und damit zur stärkeren Bekämpfung der Schwerstkriminalität nutzen. Dazu gehören der Drogen-, Menschen und Waffenhandel als Formen der Organisierten Kriminalität ebenso wie Kinderpornographie.

9. Jugendkriminalität konsequent entgegentreten

Die Jugendkriminalität - insbesondere die von jugendlichen Intensivtätern - muß noch wirksamer bekämpft werden; hierzu gehört auch verstärkte Prävention. Vor allem die Justiz muß zur Bekämpfung der Jugendkriminalität einen stärkeren Beitrag leisten. Das Bagatellisieren von Straftaten verunsichert das Rechtsbewußtsein der Bürger, deshalb lehnen wir es entschieden ab.

Wir müssen daher auch staatlicherseits die betroffenen Eltern notorischer Intensivtäter stärker als bisher heranziehen und ihre Verantwortung einfordern. Insbesondere für jugendliche Intensivtäter muß die Möglichkeit der Unterbringung in einem geschlossenen Heim, wie sie im Jugendgerichtsgesetz vorgesehen

ist, stärker genutzt werden. In krassen Fällen muß es möglich sein, Kinder überforderter Eltern auch ohne deren Zustimmung zwangsweise in eine Heim-erziehung einzuweisen.

Straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende müssen nicht nur angemessene Strafen erhalten, sondern sie müssen in erster Linie zeitnah zur Tat eine Reaktion des Staates zu spüren bekommen. Nur das gewährleistet den notwendigen erzieherischen Effekt. Mit Blick auf die künftige Entwicklung des Täters erweisen sich die langen Verfahrensdauern insbesondere beim Jugendstrafrecht als absolut kontraproduktiv. Wir sind deshalb der Auffassung, daß das beschleunigte Verfahren auch und gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden angewendet werden sollte und werden dafür sorgen, daß über den Bundesrat eine entsprechende Initiative ergriffen wird.

10. Öffentliche Ordnung weiter verbessern

Die Bürger unserer Städte haben einen Anspruch darauf, daß Bremen und Bremerhaven vor Verwahrlosung bewahrt werden. Ein polizeiliches Einschreiten gegen kleinere Vergehen und gegen Störungen der öffentlichen Ordnung wehrt den Anfängen der Kriminalität.

Die polizeiliche Alltagsarbeit im Lande Bremen zeigt, daß es ein erhebliches Bedürfnis dafür gibt, eine bessere rechtliche Grundlage für das Einschreiten gegen Belästigungen und Beeinträchtigungen aufgrund exzessiven Alkoholkonsums auf öffentlichen Flächen zu schaffen. Aus diesem Grund befürworten wir entsprechende Änderungen des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung und des Gesetzes über die Rechtssetzungsbefugnisse der Gemeinden.

Wir werden auch dafür sorgen, daß die Polizei Graffiti-Täter weiterhin intensiv verfolgen kann.

11. Brandschutz muß gewährleistet werden

Der Brandschutz in unseren beiden Städten hat für uns einen hohen Stellenwert. Für seine Erhaltung sind erhebliche Investitionen nötig.

Mit der Strukturuntersuchung der Feuerwehr sind wichtige Weichenstellungen aufgezeigt worden. Ziel muß es sein, den besonders hohen Investitionsaufwand bei der Feuerwehr vorrangig zu berücksichtigen. Der begonnene Neubau einer Feuerwache für die Freiwillige Feuerwehr Borgfeld und die Renovierungs- und Umbaumaßnahmen der Feuerwache 3 in Osterholz sind Schritte in die richtige Richtung. Dazu gehören auch der Neubau einer Feuerwache West sowie der Neubau einer Feuerwache beim Güterverkehrszentrum.

Weitere Personaleinsparungen bei der Feuerwehr sind unvertretbar.

12. Justiz muß eine konsequente Verbrechensbekämpfung verfolgen

Wir wollen eine enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Justiz sicherstellen, um gemeinsam und zeitnah gegen Kriminelle vorzugehen. Eine Zusammenlegung des Justizressorts mit dem Innenressort, wie dieses in einigen SPD-geführten Bundesländern praktiziert wird, lehnen wir jedoch entschieden ab.

Unser Ziel besteht in einer glaubwürdigen und umfassenden Umsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Dies bedeutet nicht allein eine Abkehr von der Bagatellisierung von Straftaten, sondern vor allem auch die Ausschöpfung des gesetzlichen Strafrahmens durch die Richterschaft.

Das Rechtsbewußtsein der Bürger wird auch durch eine kompromißlose Verfolgung von Vergehen und Verbrechen geschärft. Bei der Verhängung von Strafen muß deshalb wieder der Sühnegeranke Vorrang vor der Resozialisierung haben, denn der Schutz der Gemeinschaft geht den Interessen des Täters vor.

Das auf nachhaltigen Druck der **CDU** seit Oktober 1997 in Bremen praktizierte beschleunigte Verfahren bedarf der häufigeren Anwendung, denn das Strafverfahren verfehlt einen Teil seines Zwecks, wenn nicht durch eine schnelle Reaktion des Staates Abschreckungswirkung erzielt werden kann. Insoweit ist die lange Zeitspanne zwischen Straftat und gerichtlicher Ahndung in Bremen nicht länger tolerierbar. Aus diesem Grund beabsichtigt die **CDU** eine Bundesratsinitiative mit dem Inhalt, bei Vergehen die Grundsätze des beschleunigten Verfahrens auch für Jugendliche zur Anwendung gelangen zu lassen, um dem vom Gesetzgeber gewünschten Erziehungszweck Rechnung tragen zu können.

Die Solidarität der **CDU** gehört den Opfern und allen Personen und Organisationen, die den Opfern Hilfe und Unterstützung leisten.

13. Strafvollzug muß sicher werden

Der in Bremen in den letzten Jahrzehnten praktizierte Strafvollzug richtete sich in seiner Priorität auf die Resozialisierung der Gefangenen. Die Ereignisse in der JVA Oslebshausen, die sogar zum Gegenstand eines Untersuchungsausschusses wurden, haben jedoch gezeigt, daß eine Korrektur zum Schutz der Allgemeinheit unumgänglich ist.

Im Bremischen Strafvollzug darf daher nicht länger von Bediensteten durch Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse über Haft erleichterungen, Verlegungen in den offenen Vollzug oder Freigänge entschieden werden. In Zukunft muß transparent sein, wer anhand welcher Prognose Freigänge befürwortet hat und die persönliche Verantwortung für die möglichen Konsequenzen trägt.

Die gleichzeitige Wahrnehmung anderer Aufgabengebiete und die fehlende ausschließliche Verantwortung hat in der Vergangenheit Übergriffe auf Gefangene, Ausbrüche und Führungslosigkeit in der Anstaltsleitung begünstigt. Das Justizressort bedarf zukünftig einer klaren politischen und organisatorischen Führung.

VII. Bremen und Bremerhaven als Oberzentren für die Region – moderne Stadtentwicklung und Verkehrsplanung im Einklang mit dem Schutz der Umwelt

1. Stadtentwicklung für mehr Leistungskraft und Lebensqualität beider Städte

Bremen ist Oberzentrum in Nordwestdeutschland. Bremerhaven nimmt für die Elbe-Weser-Region oberzentrale Funktionen wahr. Die oberzentralen Funktionen sind jedoch in vielen Jahren von der SPD vernachlässigt und erst durch die **CDU** in den letzten Jahren deutlich gefördert worden. Damit Bremen und Bremerhaven ihre Rollen als Oberzentren wahrnehmen können, müssen die urbanen Funktionen der Städte gestärkt werden. Um künftig Einwohner, Arbeitsplätze und Kaufkraft in Bremen dazuzugewinnen, müssen Angebote an Flächen für Wohnungsbau sowie für Gewerbe und Dienstleistungen in ausreichendem Maß vorgehalten werden. Die **CDU** hat in den letzten Jahren viele neue Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe beschlossen. Neben der beschlossenen Entwicklung in den verkehrsgünstig gelegenen Außenbereichen der beiden Städte wird die **CDU** auch die Binnenentwicklung Bremens und Bremerhavens stärken. Um die Vernetzung der beiden Städte zu verbessern, ist die Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsarten zu optimieren.

Die Attraktivität der Oberzentren Bremen und Bremerhaven muß auch deshalb gestärkt werden, damit diese ihrer Bedeutung gegenüber den Gemeinden in der Region gerecht werden können. Ebenso wie Konkurrenz zwischen den Gemeinden selbstverständlich ist, besteht Kommunikationsbedarf, um zu einer sinnvollen räumlichen Entwicklung zu gelangen.

Der erforderliche Strukturwandel von der Produktions- zur Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft erfordert die Modernisierung der Städte Bremen und Bremerhaven. Schlüsselprojekte wie die fertiggestellten Messehallen oder der Space Park in

Bremen sowie die modernisierte Stadthalle und der Ocean Park in Bremerhaven beschleunigen diesen Strukturwandel. Sie können eine Initialzündung für die stadtentwicklungspolitische Diskussion sein.

Die Stadt Bremen entwickelt sich räumlich vor allem entlang der Entwicklungsachse Weser und der Entwicklungsachse Huchting - Borgfeld. In ihrem Schnittpunkt ist die Innenstadt der Kristallisationskern der Stadt Bremen. Das größte Potential der innenstadtnahen Entwicklung liegt dabei auch aufgrund der Größe in den alten Hafenrevieren.

Durch den Umstrukturierungsprozeß der Häfen in der Stadt Bremen sind wir einerseits gezwungen und haben andererseits auch zugleich die Chance, neue Nutzungen und damit neue Wertschöpfungen für die alten Hafenreviere auf der rechten Weserseite zu entwickeln. Wegen der Gunst der Lage am Wasser und der Innenstadtnähe ist bei dieser Entwicklung auf hohe städtebauliche Qualität und Nutzungsvielfalt zu achten. Bei der Erstellung des Masterplans für die "Alten Hafenreviere", in den die Ergebnisse des Investorenverfahrens einfließen sollen, müssen Bestandschutz und Erweiterungsmöglichkeiten für die bestehenden Unternehmen in diesem Gebiet gesichert werden.

Wir wollen einen neuen Flächennutzungsplan aufstellen.

2. Attraktive Innenstadt in Bremen schaffen

Bremens Innenstadt wird vom Ambiente der historischen Altstadt und der Mischung aus Einzelhandel, Gastronomie, Kultur und Kommunikation geprägt.

In den letzten vier Jahren hat die **CDU** wichtige Maßnahmen zur Entwicklung der Innenstadt umgesetzt bzw. eingeleitet. Diese betrafen wichtige Baumaßnahmen ebenso wie Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadt.

Hierzu zählen vor allem:

- der Bau der Messehallen in nur 15 Monaten,
- die Fertigstellung der neuen Domshof-Passage in public-private-partnership,
- die Umgestaltung des Bahnhofplatzes und Modernisierung der Bahnhofshalle sowie der großzügigen Passage zum Nordausgang,
- die Umnutzung des Börsenhofs sowie die Umgestaltung des Umfeldes,
- die Ausgestaltung der Kulturmeile,
- die Umgestaltung der Martinistraße zu einem Boulevard,
- die Umgestaltung der oberen Schlachte im Faulenquartier sowie die Umsetzung des touristischen Konzepts für die Schlachte,
- die Umgestaltung der Faulenstraße,
- die Aufstockung des Parkhauses Brill,
- die Einführung des Zweirichtungsverkehrs Am Wall und
- die fußgängerfreundliche Überdachung des Walls.

Wir haben ein Programm zur Entwicklung der Bremer Innenstadt vorgelegt. In den nächsten Jahren wird es nicht darauf ankommen, viele neue Projekte zu "erfinden", sondern im wesentlichen die entschiedenen Projekte zügig umzusetzen.

Hierzu gehören u.a.:

- Aufwertung des Herdentors mit einer neuen Haltestelle und Umfeldverbesserung des Siemens-Hauses,
- Bau des Contrescarpe-Centers am Herdentorsteinweg,
- Planung und Umgestaltung des Rembertikreisels,
- Umgestaltung der Sögestraße, Obern-, Hutfilter- und Ostertorstraße,
- Umgestaltung des Brill-Tunnels unter Einbeziehung der privaten Kaufhäuser,
- Umgestaltung der Bürgermeister-Smidt-Straße,
- Aufwertung der Carl-Ronning-Straße und der Kleinen Hundestraße,
- Planung eines neuen Passagenviertels Langenstraße,

- Erstellung eines Entwicklungskonzepts Balgebrückstraße/Tiefer,
- städtebauliche Neuordnung des westlichen Schnoorviertels,
- städtebauliche Aufwertung des Quartiers, u.a. durch die Umgestaltung des Stadteingangs Ostertor/Am Wall/Altenwall/Osterdeich, die Entwicklung eines Nutzungskonzepts für das Postamt 1 sowie eine Planung für die Fassade des Amtsgerichts,
- Aufwertung der innenstadtbezogenen Straßen- und Fußgängertunnel sowie
- die verbesserte Ausstattung des öffentlichen Raums.

Durch vereinfachte Verwaltungsvorgänge wurden Investitionen in der Bremer Innenstadt erleichtert.

Hierzu zählen vor allem:

- die Senkung der Stellplatzverpflichtungen um 50%,
- die Einführung des Parktickets Plus,
- die garantierte Bearbeitung von Bauanträgen für große Vorhaben innerhalb von vier Wochen und
- die Einsetzung eines Investorenbetreuers für jedes große Bauvorhaben.

3. Bremerhavener Innenstadt modernisieren und aufwerten

Die Stadt Bremerhaven gewinnt ihre Attraktivität durch die einmalige Lage des Zentrums am Wasser. Daneben bildet die hochwertige Innenstadtarchitektur mit der Hochschule Bremerhaven, dem Alfred-Wegener-Institut und dem Deutschen Schifffahrtsmuseum ein reizvolles Ambiente.

Auch in Bremerhaven war die **CDU** der Motor für eine Umgestaltung des Zentrums zu einer attraktiven und modernisierten Innenstadt.

Hierzu zählen insbesondere:

- die grundlegende Sanierung des Stadttheaters mit neu errichteten Räumlichkeiten für Werkstätten und Probebühnen,
- die Erweiterung der Hochschule Bremerhaven,
- die Erweiterung des Deutschen Schifffahrtsmuseums,

- der Beginn der Umgestaltung der Fußgängerzone zu einem Boulevard mit attraktiver Mittelbebauung, Ruhezonen, Straßencafés und neuer Überdachung,
- die Sanierung des Parkhauses,
- der Ausbau des Geeste-Wanderweges,
- die Sanierung des Zoos am Meer,
- der Bau des Segelsportzentrums "City Port",
- der Magazinbau für das Morgensternmuseum und
- die Aufwertung der Oberen Bürger.

Die **CDU** hat sichergestellt, daß sich das Land Bremen an den Umgestaltungskosten der Innenstadt maßgeblich beteiligt. Nach 80 Mio. DM in den vergangenen vier Jahren konnte erreicht werden, daß auch in den nächsten Jahren zusätzlich 50 Mio. DM zur Verfügung stehen, um das Zentrum zwischen Weserdeich und Geeste aufzuwerten.

Hierzu gehören insbesondere:

- die zweite Stufe der grundlegenden Sanierung des Stadttheaters Bremerhaven,
- die Aufwertung des Kirchenplatzes,
- die Umgestaltung des Theodor-Heuss-Platzes,
- die neue Verkehrsführung für den öffentlichen Personennahverkehr wie auch
- die weitere Aufwertung der Innenstadt durch zusätzliche öffentliche Ruhezonen, Bepflanzungen und die Erneuerung des Straßenpflasters in der "Bürger".

Die Ausnutzung des neuen Ladenschlußgesetzes kann auch für die Bremer Innenstadt neue Impulse und zusätzliche Kaufkraft bringen.

4. Mittel- und Nebenzentren stärken

Das Mittelzentrum Vegesack und die Nebenzentren sind nach der Innenstadt wichtige Bereiche zur Stärkung urbaner Funktionen. Sie sichern die Versorgung der Stadtteile und bieten Einkaufs- und Freizeitwert.

Die **CDU** hat wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Mittel- und Nebenzentren ergriffen.

Hierzu gehören:

- die Aufwertung des Mittelzentrums Vegesack durch die Umgestaltung der City und die Planung für das Haven Höövt,
- die Aufwertung des Nebenzentrums Neustadt durch Umgestaltung der Pappelstraße,
- die Aufwertung des Nebenzentrums Gröpelingen mit den Maßnahmen im Rahmen des Sanierungsgebietes,
- die Aufwertung des Nebenzentrums Walle mit dem Bau des Walle Centers, der Sanierung des Bahnhofs Walle und dem Bau der Eislauf- und Inlineskaterhalle „ParadIce“,
- die Aufwertung des Nebenzentrums Kattenturm durch Umgestaltung des Zentralbereichs.

Auch in Zukunft wird die **CDU** die Nebenzentren gezielt stärken, vor allem

- mit der Aufwertung des Mittelzentrums Vegesack durch die Fortsetzung der Maßnahmen für die City Vegesack, den Bau des Haven Höövt in public-private-partnership, die Umstrukturierung des ehemaligen Vulkan-Geländes und die Umstrukturierung der Kaserne Grohn zu einer privaten Universität,
- mit der Aufwertung des Nebenzentrums Neustadt durch den Abschluß der Umgestaltung der Pappelstraße sowie die Verlegung der Straßenbahn in die Oster-/Westerstraße,
- mit der Aufwertung des Nebenzentrums Vahr durch die Umgestaltung der Berliner Freiheit,
- mit der Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen in Gröpelingen,
- mit der Sanierung des Zentrums Hemelingen nach Bau des Tunnels,
- durch die Sicherung der Wohngebiete in der Östlichen Vorstadt und in Hemelingen mit den Begleitmaßnahmen zur Georg-Bitter-Straße und
- durch die Attraktivitätssteigerung des Ostertor- und Steintorviertels.

In Bremerhaven erfüllen die Nebenzentren Wulsdorf, Geestemünde, Lehe und Leherheide neben der Innenstadt wichtige wohnortnahe Angebote. Wir haben diese Bereiche daher in der Vergangenheit gestärkt durch

- die Umgestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes durch ein attraktives Dienstleistungszentrum unter gleichzeitiger Aufwertung des Wochenmarktes,

- die Sanierung der Straßen rund um den Geestemünder Wochenmarkt,
- die Sanierung des Holzhafens in Geestemünde,
- die Errichtung neuer Einzelhandelsflächen an der Schiffdorfer Chaussee,
- die Aufwertung des Nebenzentrums Wulsdorf durch die Umgestaltung des Platzes an der Heinrich-Kapellmann-Straße sowie die Neustrukturierung des Gewerbegebietes Carsten-Börger-Straße/Bohmsiel,
- die Umgestaltung und Erweiterung des Stadtparkes Lehe,
- die Sanierung des Einkaufszentrums Leherheide.

Auch in Zukunft werden wir die Nebenzentren durch bauliche und verkehrliche Maßnahmen stärken.

5. Wohnungsbau weiter vorantreiben

Die Wohnungsbaupolitik ist entscheidend für das Erreichen des Sanierungsziels. Bremen und Bremerhaven müssen die Abwanderung von Menschen in das Umland reduzieren sowie neue Einwohner gewinnen.

Die **CDU** hat in den letzten vier Jahren in großem Umfang neue Flächen für Ein- und Zweifamilienhäuser beschlossen, um damit auch in Bremen und Bremerhaven das bisher zu geringe Angebot zu erweitern. Hierzu zählen in Bremen insbesondere

- die Ausweisung von Flächen in Borgfeld als Entwicklungsgebiet,
- die Planung eines Wohnungsbaugebiets in Brokhuchting,
- die Planung eines Wohnungsbaugebiets mit Landschaftspark in der Osterholzer Feldmark,
- die Fortführung des Wohnungsbaus in Arsten-Südwest sowie
- Planungen für kleinere Wohnungsbaugebiete in allen Stadtteilen.

In Bremerhaven zählen hierzu die Neubaugebiete

- Lotjeweg/Schierholz in Lehe,
- Dingener Weg in Weddewarden,
- Wasserwerkswald Leherheide,
- Steinkämpfe, Gösekamp/Haßkamp und Sandfahrel in Wulsdorf und
- die Ortsmitte in Suhrheide.

Die seit einigen Jahren stagnierenden Baupreise erhöhen den Konkurrenzdruck der Gemeinden in den Regionen Bremen und Bremerhaven. Die Ausweisung weiterer Bauflächen für Einfamilienhäuser ist - auch angesichts der jüngsten Entscheidung zum niedersächsischen kommunalen Finanzausgleich, der die Gemeinden zur Steigerung ihrer Einnahmen zwingt - für Bremen und Bremerhaven von höchster Bedeutung. In Bremen ist entlang der Entwicklungsachsen die bestehende Siedlungsstruktur zu ergänzen:

- konsequente Umsetzung bestehender Planungen in Borgfeld, Brokhuchting, Arsten und der Osterholzer Feldmark,
- Planung eines neuen Wohngebiets an der Konrad-Adenauer-Allee,
- Planung neuer Wohngebiete an der Weser unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes, z.B. Stadtwerder, Quartier am Werdersee in Huckelriede, Fuldahafen, Hohentorshafen, Rönnebecker Hafen sowie
- Planungen für weitere Wohnungsbaugebiete in allen Stadtteilen.

In Bremerhaven wird die **CDU** die Wohnbebauung insbesondere in folgenden Gebieten ergänzen:

- in Reinkenheide am Zentralkrankenhaus,
- in Lehe durch das Gebiet "Auf den Wohden" und
- in der Stadtmitte durch das Gebiet an der Geesteschleife.

Den größten Teil der Wohneinheiten in diesen Gebieten sollen Einfamilienhäuser bilden. Für Bauherren, die sich ein individuelles Einfamilienhaus bauen wollen, sollen hier auch die erforderlichen frei bebaubaren Grundstücke geplant werden. Wegen der besonderen Bedeutung sind bis zum Jahr 2010 über die im Stadtentwicklungskonzept genannten Flächen für 32.000 Wohneinheiten hinaus viele weitere Flächen erforderlich. Soweit rechtlich möglich, ist auf Ausgleichsflächen für Wohnungsbau zu verzichten. Grundstücke in Bremen und Bremerhaven müssen preiswert sein. Der von der **CDU** 1996 eingeführte Grundstückskostenzuschuß ist ein großer Erfolg und ist zusammen mit der verbesserten Förderung für Einfamilienhäuser ein attraktives Angebot. Damit in Bremen und Bremerhaven preiswerte Grundstücke zu

kaufen sind, müssen verschiedene Instrumente der Wohnungspolitik angewendet werden:

- öffentliche Förderung (Zuschüsse und Darlehen),
- Einrichtung eines Grundstücksfonds für bauträgerfreies Bauen und
- städtebauliche Verträge zwischen den Städten und den Eigentümern (ggf. Bauträgern).

Durch die Neuorganisation der zuständigen öffentlichen Dienststellen wird die **CDU** das Baugenehmigungsverfahren weiter vereinfachen und beschleunigen.

Um die Eigentumsquote in Bremen und Bremerhaven zu steigern, werden die Wohnungsbaugesellschaften aufgefordert, Wohnungen verstärkt in Eigentum umzuwandeln.

6. Stadterneuerung für stabile Quartiere

Durch den vernachlässigten Sanierungsbedarf in den Jahren bis 1995 ist ein großer Sanierungsstau entstanden. Die **CDU** hat deswegen in der laufenden Legislaturperiode in Bremen einen Stadtreparaturfonds aufgelegt und mit rund 400 Mio. DM aus Vermögensveräußerungen gespeist sowie in Bremerhaven zusätzliche Mittel in zweistelliger Millionenhöhe zur Verfügung gestellt, damit die Bestandspflege öffentlicher Einrichtungen, Gebäude und Straßen gesichert ist. Die **CDU** wird durch einen zweiten Stadtreparaturfonds für Bremen und weitere Sonderprogramme für Bremerhaven sicherstellen, daß die erfolgreichen Sanierungstätigkeiten der letzten vier Jahre fortgesetzt werden können.

Ebenso wie für die öffentlichen Einrichtungen ist auch für den Wohnungsbestand die kontinuierliche Pflege und Weiterentwicklung erforderlich. Dies entsteht durch ergänzende Neubauten ebenso wie durch Substanzerhaltung und Modernisierung. Die öffentliche Wohnungsbauförderung ist - auch vor dem Hintergrund längerfristig zu sichernder Sozialbindungen - auf diesen Bereich auszudehnen. Die begonnenen Ansätze in Gröpelingen, Vegesack (Grohner Düne) und Osterholz-Tenever sind weiterzuentwickeln.

Neben dem Neubau wird die **CDU** den Bestand stärken. Für die Erneuerung von Stadtteilen ist das Programm WiN - "Wohnen in Nachbarschaften" - aufgelegt worden. 36 Mio. DM werden auf Beschluß der **CDU** bis 2004 zur Verfügung gestellt werden, um in den Stadtteilen Lüssum, Grohner Düne, Marßel, Gröpelingen, Osterholz-Tenever, Neue Vahr, Blockdiek, Hemelingen, Kattenturm und Sodenmatt/Kirchhuchting Verbesserungen des Lebens- und Wohnumfelds, der örtlichen Wirtschaftsstruktur sowie der Bildungs- und Ausbildungssituation zu erreichen. Dieses Programm ist wichtiger Teil eines strukturellen Wandels und wird in Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort entwickelt und umgesetzt werden.

Jahrelang waren Bremen und Bremerhaven an vielen Stellen schmutzig und vernachlässigt und wirkten dadurch abstoßend auf Bürger und Besucher unserer Städte. Um das Erscheinungsbild Bremens zu verbessern, hat die **CDU** das Konzept "Saubere Stadt - lebendiges Bremen" aufgelegt. Über 10 Mio. DM geben die Städte Bremen, Bremerhaven und Dritte dafür aus, daß Bremen und Bremerhaven sauberer und schöner werden, und dadurch auch an Attraktivität gewinnen. Bisher wurden schwerpunktmäßig die Innenstädte von Graffiti gereinigt und Grünbepflanzungen vorgenommen. Viele Menschen haben sich mit persönlichem Einsatz am Selbsthilfefonds beteiligt. Künftig sollen neben der Innenstadt verstärkt Stadtteilzentren, Einfallbereiche der Städte und die weiteren Stadtgebiete gereinigt werden. Auch in Bremerhaven wurden zusätzliche Maßnahmen eingeleitet, insbesondere zur Graffiti-bekämpfung.

7. Maßnahmen für einen leistungsstarken Verkehr

Die **CDU** hat Schluß gemacht mit der jahrelangen Benachteiligung des Autoverkehrs. Ein funktionierendes Verkehrssystem mit allen Verkehrsarten ist die Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und den Zugewinn neuer Einwohner. Die überregionale Anbindung Bremens und Bremerhavens sowie das örtliche Verkehrsnetz sind an die Anforderungen des kommenden Jahrtausends anzupassen. Die Sied-

lungsachsen müssen durch Verkehrsinfrastruktur gestärkt werden. Hierzu gehört ebenso der Ausbau des Straßennetzes wie der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Außerdem sind Bremen und Bremerhaven fahrradfreundliche Städte, was im Zuge integrierter Verkehrsplanung weiterentwickelt werden soll. Das Baustellenmanagement garantiert durch die Koordination der Baumaßnahmen die Leistungsfähigkeit des Bremer Verkehrssystems.

Die **CDU** hat in den letzten Jahren die Entscheidungen für die wichtigsten Maßnahmen getroffen. Hierzu zählen vor allem:

- Realisierung der A 281 (2. Bauabschnitt) zur Anbindung des Güterverkehrszentrums und Sicherung der Finanzierung durch den Bund,
- Baubeginn für die Umgestaltung des Ihlpohler Kreisel zu einer Doppelkreuzung,
- Baubeginn des Hemelinger Tunnels,
- Baubeginn der Georg-Bitter-Straße,
- Fertigstellung der Hafenrandstraße und
- Entwicklung eines Verkehrskonzepts für den Bremer Osten.

Neben der Erweiterung und der Vervollständigung der inneren Verkehrsachsen bedarf es zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen auch einer Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbindungen. Dies betrifft sowohl Ausbauvorhaben der Wasseranbindung auf der Mittelweser als auch den Ausbau von Eisenbahnverbindungen und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Autobahnen. Wir wollen:

- den Ausbau der Eisenbahnstrecke Langwedel-Uelzen-Stendal,
- die Realisierung der sogenannten Y-Trasse zwischen Bremen, Hannover und Hamburg,
- den sechsstreifigen Ausbau der A 27,
- den achtstreifigen Ausbau der A1.

Auch für den Öffentlichen Personennahverkehr wurden wesentliche Verbesserungen erreicht:

- Führung der Linie 6 bis unmittelbar vor den Flughafenterminal,
- Anschluß der Universität durch die Verlängerung der Linie 6,
- Erschließung des neuen Wohngebiets in Arsten-Südwest durch die Verlängerung der Straßenbahn um zwei Stationen,

- erstmalige Entwicklung eines ÖPNV-Zielnetzes und eines Nahverkehrsplans zur langfristigen Erschließung der Region Bremen,
- Umgestaltung bzw. Sanierung der Bahnhöfe Walle und Oslebshausen sowie
- Umgestaltung des Bahnhofs Burg und des Platzes einschließlich Park+Ride.

In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen. Dabei wird die **CDU** sicherstellen, daß der Hemelinger Tunnel, die Georg-Bitter-Straße und die Verlängerung der B 74 fertiggestellt werden und der Bau der A 281 begonnen wird. Weitere Verkehrsprojekte werden von der **CDU** vorangetrieben:

- Neuordnung des Rembertikreisels,
- Verbreiterung des Concordia-Tunnels,
- Verkehrsleitsystem Bürgerweide und Ausbaumaßnahmen zur besseren Erreichbarkeit des Messezentrums,
- Planung und Bau der Eisenbahnunterführungen in Oberneuland,
- Fertigstellung der vierspurigen Hafenrandstraße,
- Ausbau der Osterholzer Heerstraße,
- Planung für den vierspurigen Ausbau des Autobahnzubringers Freihafen (Fly Over) und
- Ausbau der Habenhauser Brückenstraße.

Die **CDU** wird für die Weiterentwicklung des ÖPNV auf der Basis des ÖPNV-Zielnetzes und des Nahverkehrsplans sorgen. Das Stadtbahnnetz soll zügig und sinnvoll erweitert werden, insbesondere durch

- Planung für eine Regionalstadtbahn zwischen Nordenham und Rotenburg, die als Straßenbahn die Bremer Innenstadt quert,
- Umgestaltung der Bahnhöfe Lesum, Schönebeck, St. Magnus und Vegesack, Neustadt, Wulfsdorf und Bremerhaven-Lehe und
- Verbesserung des Angebots auf den Nahverkehrsstrecken.

Besondere Bedeutung fällt hierbei der Siedlungsachse nach Borgfeld zu, die durch den Bau einer leistungsfähigen Straße zwischen der Umgehungsstraße Lilienthal und dem Autobahnzubringer Horn sowie die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 nach Borgfeld - Lilienthal gestärkt werden muß. Hierbei sind

die Siedlungsentwicklung in Borgfeld sowie die Entwicklung des Technologieparks Universität jenseits der A 27 zu berücksichtigen.

8. Kundenorientierte Bauverwaltung aufbauen

Ziel der eingeleiteten Verwaltungsreform ist die stärkere Kundenorientierung und die Verschlankeung der Verwaltung („Stadt der kurzen Wege“). Mit der Umsetzung der Vorschläge der Unternehmensberatung McKinsey gewinnt Bremen klare Entscheidungs- und Umsetzungsstrukturen, die Verfahren beschleunigen und wirtschaftliches Handeln stärken. Unter diesen Gesichtspunkten sind die öffentlichen Dienststellen zu überprüfen und ggf. neu zu strukturieren. Folgendes hat die **CDU** erreicht:

- Genehmigungsfreistellungsverfahren für Einfamilienhäuser gemäß neuer Landesbauordnung,
- Garantie einer 4-Wochen-Frist für die Bearbeitung von Bauanträgen für große Investitionen,
- neue Beiräterichtlinie zur schnelleren Bearbeitung von Bebauungsplänen und
- Einführung privater Vorhaben- und Erschließungspläne.

Für den Bereich der Bauverwaltung ist neben der Aufgabenübertragung an die neuen Gesellschaften folgendes vorgesehen:

- größere Kundenfreundlichkeit und Effizienzgewinn durch Zusammenführung der senatorischen Dienststelle und des Amtes für Stadtplanung und Bauordnung und
- Einrichtung eines Bürgerbüros im Siemens-Hochhaus.

9. Umweltbewußtes Handeln für unser Land

Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven gewinnen ihre hohe Attraktivität auch durch die langgestreckte Lage am Fluß, die Einbettung in die norddeutsche Landschaft und verhältnismäßig dünn

besiedelte Stadtteile mit ausgedehnten Grünstreifen. Diese Eigenheiten sind nicht als mangelhafte Dichte der Großstädte, sondern als besonderer Reiz zu werten. Die innerstädtischen Grünbereiche sind zu erhalten und aufzuwerten. Die von uns eingeleitete Sanierung der Wallanlagen und die Aufwertung des Rhododendronparks mit hohen Investitionsmitteln sowie die Pflanzaktionen im Rahmen des Konzepts „Saubere Stadt - lebendiges Bremen“ sind hierfür gute Beispiele. In der räumlichen Entwicklung Bremens sind Siedlungen und Flächen von Natur und Landschaft behutsam aufeinander abgestimmt weiterzuentwickeln.

Die **CDU** wird auf eine Umsetzung und Weiterführung der Lokalen Agenda 21 hinwirken. Nachhaltigkeit heißt für uns die gleichgewichtige Beachtung der Prinzipien von Wirtschaftlichkeit, Sozial- und Umweltverträglichkeit. Die **CDU** bekennt sich zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, die die Leistungsfähigkeit des Marktes mit dem sozialen Ausgleich und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen verbindet. Die landwirtschaftlich geprägten Gebiete müssen als Kulturlandschaft erhalten bleiben, da sie ökologisch sinnvoll sind und der Bremer Bevölkerung auch als Naherholungsgebiete dienen. Das beinhaltet auch, daß die Rahmenbedingungen für Bremer Landwirte wirtschaftlich langfristig gesichert werden. Forschung und Technologie wollen wir auch dazu nutzen, ein Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das nicht mit mehr, sondern mit immer weniger Umweltbelastungen, Energie- und Rohstoffverbrauch verbunden ist. Dazu brauchen wir eine konsequente, langfristig und berechenbar angelegte Umweltpolitik, die im Interesse der Chancengleichheit im Wettbewerb europäisch harmonisiert werden muß.

10. Verantwortungsvoller Naturschutz

Die **CDU** tritt für einen weiteren Schutz der Tiere und eine Sicherung der Pflanzenwelt ein. Naturschutzpolitik in Bremen darf nicht in erster Linie den Blick auf die Flächenstatistik richten, sondern muß an der inhaltlichen Notwendigkeit besonderer Schutzmaßnahmen orientiert sein. Wir wollen, daß der Naturschutz nicht länger als Hebel für wirtschaftsfeindli-

che Verhinderungspolitik mißbraucht wird. Darüber hinaus wollen wir, daß bei der Ausweisung von Naturschutzflächen die berechtigten Anliegen der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Naturschutz muß seinen eigenen Ansprüchen gerecht werden, damit er seine Akzeptanz behält. Kleingärten sind wichtige Teile des städtischen Grüns. Die **CDU** will Kleingartengebiete als Ausgleichsflächen ausweisen und in diesem Zusammenhang aufwerten.

11. Zukunftsweisende Abfallwirtschaft

Wir streben ein Abfallkonzept mit dem Vorrang der Vermeidung von Abfällen an. Die Wiederverwendung und -verwertung oder die energetische Nutzung von Abfällen sind unter Beachtung ökologischer und ökonomischer Aspekte zu entscheiden und umzusetzen. Die guten Ansätze des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes mit einer modernen und zukunftsweisenden Abfallwirtschaft sollen in Zusammenarbeit mit den neuen privaten Partnern umgesetzt werden. Wir haben durch die Privatisierung der Bremer Entsorgungsbetriebe für eine langfristige Gebührensicherheit und ein übersichtliches Gebührensystem gesorgt. Wir werden die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Umland weiter verbessern.

12. Klimaschonende und wettbewerbsfähige Energieversorgung

Die Veränderungen in der Energiewirtschaft stellen auch das Land Bremen vor besondere Herausforde-

rungen. Energieeinsparmöglichkeiten beim Verbraucher sind zu aktivieren und attraktiv zu gestalten. Wir werden ein Programm zur Verbesserung der Wärmedämmung und zur Förderung effizienter Versorgungstechniken einschließlich der Reduzierung des Wasserverbrauchs gemeinsam mit der Wirtschaft und den Versorgungsunternehmen einrichten. Die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse wollen wir erheblich steigern, um auf diese Weise den Verbrauch CO₂-freisetzender Energieträger zu reduzieren. Staatliche Anschubfinanzierungen können notwendig sein, dürfen jedoch nicht zu dauerhaften Subventionen führen. Die in Bremen erzielten Erfolge in den Bereichen Wind- und Solarenergie gehen maßgeblich auf Initiativen der **CDU** zurück. Mit einer gezielten weiteren Förderung von Photovoltaik wollen wir die Marktfähigkeit geeigneter Anlagen erreichen. Solarthermikanlagen wollen wir insbesondere im Bereich der Brauchwassererwärmung in Alt- und Neubauten fördern, weil hier noch enorme Energiesparpotentiale liegen.

13. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Wir wollen durch eine gezielte Förderung von Umwelttechnologien durch den Ökologiefonds des wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms die Chancen dieses Bereichs nutzen und damit Arbeitsplätze schaffen. Insbesondere Unternehmen aus dem Bereich der Produktion und Entwicklung regenerativer Energieträger sollen an Bremen gebunden werden.

VIII. Kultur in Bremen - Markenzeichen und Lebensqualität für unser Land

1. Vielfältiges kulturelles Angebot fördern

Bremen ist ein Ort mit reichhaltiger kultureller Tradition. Die Pflege kulturellen Erbes der Vergangenheit und die Vielfalt kulturellen Schaffens in der Gegenwart sind ein wichtiger Bestandteil der Identität unserer beiden Städte und unverwechselbarer Ausdruck des Lebensgefühls, Charakters und Selbstbewußtseins der in unserem Lande lebenden Menschen. Kaufmännische Tradition, hanseatisch-tolerante Einstellungen und von Bürgersinn geprägtes auch öffentliches und ehrenamtliches Engagement sind Kennzeichen bremischer Lebensauffassungen, die die Kultur in diesem Lande maßgeblich beeinflussen und nach wie vor prägen. Kulturpolitik und Kulturförderung in unserem Land war immer der Dreiklang von privatem, wirtschaftlichem und öffentlichem Engagement. An diesen Grundsätzen wird die **CDU** auch zukünftig festhalten.

Kultur im Lande Bremen ist aber längst mehr als die Pflege von Tradition. Ein lebendiges und vielfältiges kulturelles Angebot unterstreicht nicht nur Bremens Funktion als Oberzentrum in der Region, sondern ist ein maßgeblicher Attraktivitäts- und Imagefaktor für den "Standort" Bremen und Bremerhaven. Schließlich ist Kultur insbesondere ein Ausdruck von Lebensqualität und Vitalität einer Gesellschaft. Dieses zu fördern ist auch weiterhin ein wichtiges Anliegen der **CDU**.

Im Vordergrund unserer Kulturpolitik stand die Sanierung wichtiger kultureller Einrichtungen. Im Verlaufe der "Kulturmeile" in der Bremer Innenstadt wurden z.B. die Glocke, die Wagenfeld-Stiftung und die Kunsthalle Bremen nach umfangreichen Umbauarbeiten neu eröffnet, das Focke-Museum erscheint in völlig neuer Gestaltung. In Bremerhaven konnten die Sanierung des Schiffahrtsmuseums und fast zeitgleich aufgrund unserer Initiative die Instandsetzung des Stadttheaters eingeleitet werden.

Von großer Bedeutung für alle kulturellen Bereiche ist die finanzielle Absicherung kulturellen Schaffens. Die **CDU** hat dafür gesorgt, daß mit zusätzlichen Mitteln des Wirtschaftsressorts kulturelle Initiative in Bremen gefördert werden konnte. Dabei gilt das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe, das sich beispielhaft beim Bremer Theater als erfolgreich erwiesen hat: Strukturelle Veränderungen, zusätzliche Investitionen und zusätzliche Einnahmen durch ein attraktives Programm haben die Bremer Theater GmbH wieder auf ein solides finanzielles Fundament gestellt.

2. Kultur für ein lebendiges Bremen und Bremerhaven

Wir treten für ein System möglichst langfristig planbarer Finanzierung ein. Ein vielfältiges Angebot kulturellen Wirkens auf einer gesicherten materiellen Grundlage muß allen interessierten Menschen in unserem Lande die Möglichkeit der Beteiligung eröffnen. Dabei setzen wir auch zukünftig auf öffentliches Engagement, privates Mäzenatentum und wirtschaftliches Sponsoring.

Kulturelle Vielfalt lebt von der Dynamik der Entwicklung und gleichzeitiger Bewahrung der Tradition. Wir wollen bestehende kulturelle Einrichtungen wo möglich konsolidieren, möchten aber gleichzeitig die Neuentwicklung regionaler und überregionaler Projekte voranbringen. So treten wir z.B. für eine Fortentwicklung der „Kulturmeile Innenstadt“ durch eine entsprechende Nutzung des jetzigen Polizeihauses (u.a. durch die Zentralbibliothek) ein, wollen aber auch eine kulturelle (Teil-)Nutzung des ehemaligen Postamts 5 und des Wasserwerkes ("umgedrehte Kommode") eingehend prüfen. Darüber hinaus wollen wir den Bereich Teerhof mit privatwirtschaftlichen Betreibern kulturell weiter erschließen und die bestehenden und neu einzurichtenden kulturellen Initiativen in diesem Bereich zu einer "Kunst- und Kulturmeile Links der Weser" entwickeln.

Überregional werden wir insbesondere die Realisierung des Projektes „Musikstadt Bremen“ fördern. Dazu sind die bestehenden Orchesterstrukturen in Bremen zu erhalten, zu fördern und personell zu stärken.

Kulturelle Angebote werden besonders gut angenommen, wenn in einer Region „Große Kunst“ und lokale Traditionen gleichzeitig geboten werden. Nach der Sanierung des Stadttheaters in Bremerhaven, das damit seine bereits jetzt überregionale Bedeutung weiter festigen wird, ist die weitere Steigerung der kulturellen Attraktivität Bremerhavens ein wichtiges Anliegen. Hierzu ist die Fortsetzung der Förderung des Theaters im Fischereihafen ein wesentlicher Baustein, der darüber hinaus die Attraktivität des Schau-fensters im Fischereihafen auch für Touristen weiter steigern wird. Als zusätzliches Angebot befürworten wir ein Auswanderermuseum in Bremerhaven, das nicht nur Bremerhaven als Ausgangspunkt von Auswanderung aus ganz Deutschland dokumentiert, sondern unterstreicht, daß Bremerhaven eine Brücke Deutschlands in die ganze Welt war und ist.

Kulturelle Einrichtungen sind nach Auffassung der **CDU** kein reiner Selbstzweck, sondern müssen sich auch daran messen lassen, inwieweit ihr Angebot von den Bürgern angenommen wird. Die **CDU** unterstützt alle Bemühungen, kulturelle Einrichtungen z.B. durch zusätzliche Ausstellungen und Projekte, aber auch durch gastronomische und andere erlebnis-orientierte Angebote attraktiver zu gestalten. Ziel muß es sein, den Anteil der Kosten, der durch eigene Einnahmen gedeckt wird, möglichst zu steigern. Wir versprechen uns davon nicht nur eine höhere Qualität des Angebots, sondern auch höhere Besucherzahlen.

Wir unterstützen kulturelle Angebote, die die touristische Attraktivität Bremens und Bremerhavens fördern. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur überregionalen Ausstrahlung der Standorte. Öffentliche Förderung und Unterstützung von Einrichtungen, für die der kulturelle Eigenwert im Vordergrund steht, ist dazu kein Widerspruch, sondern eine sinnvolle und notwendige Grundlage und Ergänzung.

Von großer Bedeutung ist für die **CDU** die kulturelle Arbeit in den Stadtteilen. Wir treten für die Förderung kultureller Angebote für Kinder (Musikschulen, Bibliotheken) ebenso ein, wie für eine angemessene Beteiligungsmöglichkeit an kulturellen Aktivitäten für Erwachsene, z.B. im Rahmen von Erwachsenenbildungseinrichtungen, Angeboten von Bürgerhäusern etc. Hier werden wir durch eine weitere Steigerung der Effizienz von Strukturen und Mitteleinsatz für eine kontinuierliche Verbesserung des Angebotes sorgen. Kultureleinrichtungen in den Stadtteilen müssen sich aber mehr als bisher als Begegnungsstätten aller Bürger verstehen und ihr Programm und ihre Infrastruktur dementsprechend verändern und ausrichten. Veranstaltungsangebote müssen sich in der Regel durch zu erzielende Einnahmen selbst tragen und insofern am „Markt“ orientieren. Nischenangebote darf es nach Auffassung der **CDU** nur dort geben, wo diese in bezug auf die Kosten durch ein erlösbringendes Regelangebot mit abgedeckt werden. Öffentliche Förderung muß sich nach unserer Auffassung auf die Bezuschussung von Kosten durch Personal und Räumlichkeiten beschränken. Die finanzielle Förderung von Angeboten kann nur erfolgen, wenn ein besonderes öffentliches Interesse nachgewiesen werden kann.

3. Die Medienlandschaft in Bremen erhalten und weiterentwickeln

Radio Bremen trägt zur Identität unseres Zwei-Städte-Staates bei. Die **CDU** hat sich in der Vergangenheit engagiert für den Erhalt des Senders eingesetzt und wird dies auch in Zukunft tun. Durch die Novellierung des Radio-Bremen-Gesetzes ist der Weg frei zur notwendigen Erneuerung des Senders.

Klare Leitungs- und Verantwortungsstrukturen sind durch die Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht worden. Damit ist eine zentrale medienpolitische Forderung der **CDU** in dieser Legislaturperiode umgesetzt.

Für die weitere Existenzsicherung des Senders sind Kooperationsmodelle mit anderen öffentlich-rechtli-

chen Sendern anzustreben. Sie sind Voraussetzung, um über die Landesgrenzen hinaus die Akzeptanz des Senders zu sichern. Außerdem sind sie ein Zeichen dafür, daß auch Radio Bremen einen Eigenbeitrag zu seiner Erneuerung leistet. Nachdem jahrelang von der SPD im Lande Bremen medienpolitische Entwicklungen bewußt nicht beach-

tet und sogar verhindert worden sind, ist es dem Betreiben der **CDU** zu verdanken, daß mit dem leistungsfähigen privaten Hörfunk eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschaffen worden ist. Mit der Einführung des privaten Hörfunks ist ein wichtiger Beitrag zur Meinungs- und Medienvielfalt geleistet worden.

IX. Aktive Bürgergesellschaft und Parlamentsreform

Die **CDU** tritt für eine aktive Teilhabe der Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen ein. Deshalb wurden auf Bestreben der **CDU** die Quoren für die Zulassung von Volksbegehren und Volksentscheiden erheblich herabgesetzt.

1. Parlamentsreform

Wir werden uns auch weiterhin für eine Parlamentsreform einsetzen mit dem Ziel, die Entscheidungen transparenter zu gestalten und näher an die Menschen zu bringen. Die Gremien- und Ausschußarbeit wollen wir erheblich reduzieren. Zu einer Parlamentsreform gehört auch die Entscheidung über eine mögliche Parlamentsverkleinerung. Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre oder ein generelles Ausländerwahlrecht wird von der **CDU** abgelehnt.

Wir treten für eine Stärkung der Beiräte sowohl im Hinblick auf die materielle Ausstattung als auch im Hinblick auf die Entscheidungskompetenzen ein.

2. Vom Ortsamt zum Bürgeramt

Mehr Service im Stadtteil aus einer Hand - mit diesem Ziel haben wir in drei Modellämtern Ortsämter zu Bürgerämtern weiterentwickelt. Nach einer Bürgerbefragung und großem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Bürgerämter Horn-Lehe, Vegesack und Blumenthal ihren Dienst bereits aufgenommen. Mit einem erweiterten Dienstleistungsangebot ist das Bürgeramt die erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger im Ortsamt. Dadurch hat der Bürger nur noch einen Sachbearbeiter als Ansprechpartner, der eine umfassende Beratung und eine weitgehend abschließende Sachbearbeitung tätigt. In Bremerhaven wurde nach gleichem Modell die Einrichtung eines Bürgerbüros in Leherheide beschlossen.

Verwaltungsmodernisierung heißt das Motto - mehr Dienstleistung für den Bürger ist das Ziel. Das gelingt nur mit motivierten und flexiblen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Bis Ende 1999 soll in der Stadt Bremen eine auf die übrigen Außenamtsbereiche übertragbare Bürgeramtsstruktur entwickelt werden.

X. Zukunft Bremens und Bremerhavens in Europa entschlossen gestalten

Bremen und Bremerhaven brauchen für ihre Zukunft das gemeinsame Haus Europa. Die **CDU** sieht in dem Europäischen Einigungsprozeß eine große Chance, das Europa von morgen mitzugestalten und das Land Bremen als Region in Europa zu stärken. Der europäische Einigungsprozeß wird langfristig die Entwicklung unseres Zwei-Städte-Staates zu einem wirtschaftlichen Zentrum Europas positiv beeinflussen. Bremen und Bremerhaven profitieren erheblich von Europa. Zusammen mit dem bremischen Sanierungsprogramm und dem Investitions-Sonderprogramm unterstützt die Förderung aus den europäischen Struktur- und Sozialfonds das Land Bremen gewaltig beim wirtschaftspolitischen Strukturwandel. In den Jahren 1995 bis 1999 hat sich die Förderung aus Brüssel auf 265 Mio. DM belaufen. Der Zwei-Städte-Staat ist dadurch attraktiver und wettbewerbsfähiger geworden. Die **CDU** will, daß Bremen als traditioneller und zukunftsorientierter Hafen- und Handelsstandort alle Möglichkeiten, die uns ein vereintes Europa bietet, nutzt, um Bremen und Bremerhaven zu einem wettbewerbsfähigen und innovativen Wirtschaftsstandort im 21. Jahrhundert auszubauen.

Für die **CDU** bedeutet das, Bremen und Bremerhaven europafähiger zu machen. Gleichzeitig muß Europa in allen Bereichen für den Einzelnen erfahrbar und erlernbar sein.

Das Land Bremen ist ein exportorientiertes Land. Rund 60 Prozent seiner Ausfuhren gehen in die Länder der Europäischen Union. Der Export ist eine wichtige Grundlage unserer wirtschaftlichen Spitzenstellung in Deutschland und Europa. Die Zukunft unseres Landes liegt in der Stärkung und Fortentwicklung der Europäischen Union mit der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Einführung des Euro wird die Wirtschaftskraft Bremens und Bremerhavens weiter stärken. Die gemeinsame Währung schafft vor allem für kleine und mittelständische, exportorientierte Unternehmen in Bremen und Bremerhaven eine sichere Berechnungsgrundlage und wirkt sich insbesondere auf das Investitionsklima positiv aus. Allein die Einspa-

rungen für unsere Exportwirtschaft innerhalb des europäischen Binnenmarktes werden mit dem Wegfall der Umtauschgebühren und der Wechselkursrisiken auf mehrere Hunderte von Millionen DM jährlich geschätzt. Der Euro wird einen Modernisierungsschub auslösen, zum Vorteil der Wirtschaft, der Beschäftigten und der Verbraucher auch in Bremen und Bremerhaven.

Wir wollen die Infrastruktur des Zwei-Städte-Staates noch fester in die entstehenden europäischen Netze einbinden. Dies ist eine Voraussetzung dafür, daß Bremen mit seiner Wirtschafts- und Forschungskraft in Zukunft seine Chancen verstärkt in Europa nutzen kann. Mit der Koordinierungsstelle für maritime Informationen (MARIS) will die **CDU** weiterhin wichtige Akzente in den Bereichen maritime Qualifikation, Umweltschutz und Tourismus setzen. Damit Bremen und Bremerhaven ihr maritimes europapolitisches Profil stärken können, tritt die **CDU** für eine Bündelung der Kräfte im Bereich Informationsgesellschaft ein. Es gilt, die Potentiale des Landes noch stärker und effizienter zu nutzen.

Europa braucht die Kraft und Vielfalt seiner Regionen und Kulturen. Es muß aber an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, sich den gemeinsamen Herausforderungen zu stellen. Zu einem europafähigen Bremen gehört daher eine koordinierte interregionale Zusammenarbeit auch mit Mittel- und Osteuropa. Je näher die politisch und wirtschaftlich notwendige Erweiterung der EU nach Osten hin vorrückt, desto wichtiger ist es für die Region Bremen, neue Partnerregionen in diesen Ländern zu finden. Dies ist eine einmalige Chance, die gewaltigen Märkte von morgen für Produkte und Dienstleistungen aus Bremen und Bremerhaven zu erschließen. Dadurch werden notwendige Arbeitsplätze für das Land Bremen gesichert und neue geschaffen. Die von der **CDU** initiierte interregionale Zusammenarbeit mit Bilbao, Helsinki und Genua sowie der Region Oberösterreich, insbesondere im technologisch-innovativen Bereich, gilt es, fortzusetzen und auszubauen.

CDU

Mehr CDU tut Bremen gut.

Anschrift: CDU-Landesverband,
Am Wall 135, 28195 Bremen

Telefon: 0421/30894-1

Fax: 0421/30894-33

Email: info@cdu-bremen.de

www.cdu-bremen.de